

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Frankfuhr u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Behge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Beimsprecher 1807. Redaktion: Dr. Münzstraße 8, Beimsprecher 901.

Preis pro nummerando zahlbarer Abonnementpreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mtl. 25 Pfg. monatlich 50 Pfg. Per Anno. 2 Mtl. monatlich 70 Pfg. Bei den Postanstalten 225 extra. Beifüge: Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Inserationsgebühr: die schätzgefaßte Zeitseite 15 Pfg. Post-Geltungskarte Seite 372.

Nr. 199.

Magdeburg, Sonnabend den 26. August 1905.

16. Jahrgang.

Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 35 bei.

Französische Gewerkschaftskongresse.

Aus Paris wird uns vom 23. d. M. geschrieben: „Wie ich höre, fanden dieser Tage, vom 13. bis 15. August, eine Reihe von Kongressen der bedeutendsten Gewerkschaften Frankreichs statt. Die Feldarbeiter des Südens tagten in Perpignan, die Textilarbeiter in Rouen, die Holzarbeiter in Lille und die Handelsangestellten in Nantes. Die letzteren dürften die einzigen sein, die zahlreicher organisiert sind als ihre Berufskollegen in Deutschland. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Handelsangestellten in Frankreich fast durchweg schlechter entlohnt sind als die Arbeiter. Außerdem ist die Kapitalskonzentration des Detailhandels in Frankreich sehr fortgeschritten und wenn der Augenschein nicht trügt, fortgeschritten als in Deutschland. Den Kaufmannsduenkel, den man in Deutschland noch sehr häufig antrifft, kennt man in Frankreich noch nicht. Auf dem Kongreß waren 84 Syndikate durch 60 Delegierte vertreten. Der bedeutendste Beschluß dürfte wohl der sein, daß der Föderationsrat beauftragt wurde, ein Projekt für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten und spätestens 3 Monate vor dem nächsten Kongreß den angeschlossenen Syndikaten zur Beratung vorzulegen. Desgleichen soll er die Frage der Schaffung eines Gewerkschaftsvertrags studieren. Von den übrigen Beschlüssen sei hergehoben das Verlangen der strikten Durchführung der Sonntagsruhe, der Ausdehnung der Gewerbegerichtsbarkeit und der Unfallversicherung auf die Handelsangestellten und der Unterdrückung der Mautionen. In Geschenken, wo diese nötig sind, sollen sie bei einer staatlich autorisierten Bank hinterlegt werden. In den Föderationsrat wurden auch zwei weibliche Mitglieder wiedergewählt.“

Auf dem Kongreß der Feldarbeiter des Südens waren 80 Syndikate durch 74 Delegierte vertreten. Es wurde eine lebhafte Kritik an dem Generalstreik vom vorigen Jahr im Dezember geübt. In den Diskussionen traten sich scharf die Anhänger der „direkten Aktion“ und die „Reformisten“ gegenüber, doch scheinen die letzteren infolge des Generalstreiks die Mehrheit zu haben. Es wurde der Antrag angenommen, daß in Zukunft ein Generalstreik nur proklamiert werden darf, wenn alle Gewerkschaften darüber abgestimmt haben. Ungeachtet der Bekämpfung durch die Anhänger der direkten Aktion, die sich gegen den „Parlamentarismus“ wandten, wurden Beschlüsse gefasst, die die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung und die Gewerbegerichtsbarkeit auf die Landarbeiter verlangten. Der Monatsbeitrag an die Föderationskasse wurde von 1 auf 2 Cent. pro Mitglied erhöht. Es wurde beschlossen, an der Bewegung für den Arbeitsschutze teilzunehmen. Verschiedene Redner traten für eine kürzere Arbeitszeit und für einen Minimallohn von 3 Franc pro Tag ein. Es muß bemerkt werden, daß es sich hier ausschließlich um Winzer handelt. Der Vorschlag, besondere Syndikate für die Ausländer zu gründen, wurde abgelehnt und beschlossen, sich die Organisation der Ausländer besonders angelegen sein zu lassen. Der Sekretär der Holzhauer machte den Vorschlag, eine Zentralorganisation aller Landarbeiter zu gründen. Der Kongreß beschloß, einen Delegierten auf den Kongreß der Holzhauer und Gartenarbeiter zu senden.

Die Textilarbeiter zählen zu den stärksten französischen Organisationen. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Organisationen im letzten Jahre ganz außerordentliche Fortschritte gemacht haben. Streiks fanden nur 2 statt. 30 Syndikate traten der Organisation bei, 1 trat aus und 6 Syndikate gingen ein. Gegenwärtig zählt die Föderation 120 Syndikate mit 26 000 Mitgliedern. Besonders wichtige Beschlüsse wurden nicht gefasst. Vertreten waren über 60 Syndikate durch 40 Delegierte.

Eine der schwächlichsten der leider noch so schwachen Gewerkschaften ist die der Holzarbeiter. Es ist schwer zu sagen, wieviel organisiert sind; doch dürften es nicht viel über 2000 in ganz Frankreich sein. Leider kann man nach dem Kongreß nicht sagen, daß viel Aussicht auf Besserung ist. Die Organisation schwimmt ganz in dem Fahrtwasser der niederen Beiträge und der „Autonomie“ der Gewerkschaften. In dem Rechenschaftsbericht heißt es u. a.: „In dem in Lille (auf dem letzten Kongreß) aufgestellten Budget waren keinerlei Ausgaben vorgesehen, die durch die Veranstaltung von Agitationstouren verursacht werden.“ Infolgedessen konnten natürlich, weil absolut kein Geld vorhanden ist, keine Agita-

tionstouren unternommen werden. Der Föderationsrat ist aber weit davon entfernt, höhere Beiträge zu verlangen. Im Jahre 1901 war auf dem Kongreß in Lyon die Gründung einer Streikkasse beschlossen worden, jedoch 1903 in Lille wieder aufgelöst. Die Unterstützung der Streikenden geschieht mittels Sammlerlisten. Die „Höhe“ der Unterstützung betrug pro Kopf und Tag in 2 Fällen 4 Cent, dann 11 Cent und 21 Cent. Trotzdem wurde der Antrag der Pariser Bildhauer auf Schaffung einer Streikkasse mit einem Monatsbeitrag von 40 Cent. pro Mitglied abgelehnt. Lediglich wurde der Vorstand beauftragt, eine Umfrage zu halten, ob die Gewerkschaften für die Gründung einer Streikkasse seien. Daselbe Ergebnis hatte auch der Antrag auf Gründung einer Zentralorganisation. Beschlossen wurde, auf dem nächsten Kongreß die Lehrlingsfrage und die Fachkurse zu behandeln. Darüber soll der Föderationsrat eine Statistik veranstalten. Vertreten waren 26 Syndikate durch 19 Delegierte.

Politische Übersicht.

Magdeburg, 25. August 1905.

Es geht los!

Der Aufstand in Ostafrika ist nach den neusten Meldungen in der Ausbreitung begriffen. Man hat deshalb statt 150 Mann 220 Mann für Ostafrika bestimmt. Ein Teil dieser Mannschaften soll angeblich das vom Kreuzer „Bussard“ an Land gesetzte Detachement ersetzen. Vermutlich wird aber die Mannschaft des „Bussard“ nicht abgelöst werden können, da sie zur Niederoberung des Aufstandes dringend gebraucht werden dürfte. Wahrscheinlich wird es sogar mit diesen Verstärkungen keine nötige Gefahr sein!

Übrigens wird uns bereits das kleine Corps von 220 Mann ein Heide gekostet. Die Kosten für unsere Südwestafrikatruppe belaufen sich nach den Ets auf 28 Mark pro Kopf und Tag. Kostenlos uns unsre ostafrikanischen Truppen ebensoviel, so macht das pro Tag 6160 Mark, für 6 Monate also bereits 1 108 800 Mark!

Diese Kosten sind vom Reichstag nicht bewilligt worden. Trotzdem denkt Bülow gar nicht daran, den Reichstag einzuberufen! Und die bürgerlichen Parlamentarier sind froh, daß sie nicht bemüht werden. An dem Geldbewilligungsrecht des Parlaments ist ihnen längst nichts mehr gelegen.

Es blasen die Trompeten . . .

Aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, Rubrik „Hof und Gesellschaft“:

Sennelager, 23. August. Der Kaiser trug die Uniform seines bayerischen Ulanen-Regiments. . . . In die Exerzier schloß sich eine Gesichtsübung unter Verwendung von Artillerie und einer Maschinengewehrabteilung an. Hierauf nahm der Kaiser die Parade über die beteiligten Regimenter ab, setzte sich an die Spitze seines bayerischen Ulanen-Regiments und ritt zum Lager, um im Offizierscasino an der Frühstückstafel teilzunehmen.

Aus Darmstadt meldet ein Depeschenbureau:

Nach hier eingelaufenen Meldungen hat gestern nachmittag auf dem Exerzierplatz Sennelager bei Badenborn ein bayerisches Ulanen-Regiment das hessische Dragoner-Regiment Nr. 28 in einer scharfen Attacke überrollt, so daß eine große Anzahl Mannschaften und auch der Kommandeur des hessischen Regiments gestürzt und zum größeren Teil verletzt wurden. Eine große Verwirrung wurde angerichtet.

Bon diesen Nachrichten muß doch eine notwendig falsch sein. Denn wenn sich das Unglück wirklich zugetragen hätte, so wären jedenfalls die weiteren Übungen und Festlichkeiten sofort eingestellt worden. Entweder also hat Herr Scherl eine Schwindelnotiz verbreitet, oder die Frankfurter „Kleine Presse“ hat es getan, von der die zweite Nachricht stammt. Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrem Donnerstag-Morgenblatt die Unglücksnachricht gebracht, heilt sich aber in ihrem Abendblatt, „an ihrer Richtigkeit zu zweifeln“. „Sollte“, so meint sie, „die Meldung falsch oder übertrieben sein, so würden die maßgebenden Stellen im öffentlichen Interesse handeln, wenn sie möglichst bald eine Berichtigung veranlassen wollten.“

Wir meinen, die maßgebenden Stellen sind im öffentlichen Interesse auch dann zur Aufklärung dieser dummen Angabe verpflichtet, wenn die düstere Meldung des Frankfurter Blattes weder falsch noch übertrieben sein sollte. Die Wahrheit ist immer heilsam, selbst dann, wenn durch sie das allgemeine Urteil über die Bedeutung katholischer Prinzipien aufgestellt wird.

Die Heiligkeit der Ehe.

Eine Neurung, die gewiß Aufsehen machen wird, haben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ getroffen. Das Blatt bringt seit ein paar Tagen die Heiratsannoncen unter der Rubrik „Geld- und Hypothekenverkehr“, stellt sich also ganz offen auf den Standpunkt, daß die Eheschließung in der bürgerlichen Gesellschaft ein Geldgeschäft ist.

Es gibt zweifellos Spötter, welche jetzt triumphierend erklären werden: „Na, haben wir's nicht immer gesagt? Es ist nichts mit der Heiligkeit der Ehe in der bürgerlichen Gesellschaft. Mit welchem Ingrimm hat uns die bürgerliche Presse wegen dieser Behauptung angegriffen, und jetzt gibt ein bürgerliches Blatt, wenn auch nur im Inseratenteil, selbst zu, was es im Leitartikel jedenfalls schon oft bestritten hat.“ Aber das ist albernes Gerede. Wenn die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Heiratsgewohnheiten unter der Rubrik „Geldverkehr“ bringen, so tun sie es offenbar nur, um die Heiligkeit der Ehe recht scharf zu akzentuieren. Denn das Heiligste, was die bürgerliche Gesellschaft kennt, ist das Geld und alle Handlungen, deren Zweck das Geld machen ist — also auch das Heiraten, das eine besondere, von den Odonaten leider noch nicht genügend untersuchte Form der Kapitalskonzentration ist —, haben einen religiösen Charakter.

Was die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ tun, ist also keine Herabwürdigung, sondern im Gegenteil eine Verherrlichung der bürgerlichen Ehe und hoffentlich wird das rühmliche Beispiel, daß das Blatt gegeben hat, von andern Zeitungen nachgeahmt werden. Unser bürgerliche Presse muß nämlich der Vorwurf gemacht werden, daß in ihrem Inseratenteil, so vorzüglich er auch sonst ist, keine rechte Ordnung herrscht. Heiratsanträge und Kraftstoffsangebote werden gleichzeitig, ohne Rücksicht auf die Preisunterschiede zwischen ihnen, bestanden.

Das ist ein Uebelstand, der nicht scharf genug gerügt werden kann. Wie muß es denn auf einen Heiratskandidaten wirken, wenn er zum Beispiel gleich hinter einem anständigen Inserat, durch das ein solides Fräulein mit einem Kind und zwölf Mille einen charaktervollen Mann in guter Stellung sucht, ein unsittliches findet, in dem sich eine alleinstehende hübsche Frau vermögenden älteren Herrn anbietet? Muß es dem nicht die Stimmung verderben? Ja, muß es ihn nicht in seinen heiligsten Gefühlen versetzen, wenn er sieht, daß die Zeitung, seine Zeitung, Ehe und Prostitution als ganz gleichwertig behandelt? Muß er sich nicht fühlen, wie sich etwa ein gläubiger Katholik fühlen würde, wenn während der Messe, der er andächtig folgt, plötzlich ein Freveler ein unsittliches Lied zu singen anfinge?

Es ist also wirklich notwendig, daß unsre bürgerliche Presse etwas mehr Ordnung in ihren Inseratenteil bringt. Ehe und Prostitution sind nun einmal nicht dasselbe und darum müssen auch unter den Annoncen der Heiratsmarkt und der Fleischmarkt wenigstens durch einen dicken Strich voneinander geschieden werden. Höffentlich beherzigen die bürgerlichen Blätter unsre Worte.

Es wird ihnen das sehr leicht fallen, wenn sie sich klar machen, daß sie durch das Zusammenwerken so ganz verschiedene Dinge, wie es Heiratsanträge und Prostitutionsanträge sind, den Glauben an die Heiligkeit der Ehe, den sie im redaktionellen Teile mit so viel Ernst und Leidenschaft verteidigen, gewaltig erschüttert haben. Also recht bald eine reinliche Scheidung vornehmen! Für die Prostitutionsinserate eine besondere Rubrik einrichten und die Heiratsanträge nach dem Muster der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter die Rubrik „Geld- und Hypothekenverkehr“ einteilen! Respekt vor der Heiligkeit der Ehe auch im Inseratenteil!

Katholizismus.

Zum Schluß des Straßburger Katholikentags will es sich die „Germania“ noch extra bestätigen lassen, daß es mit rechten Dingen zugegangen und nichts passiert ist, was höheren Orts übel vermerkt werden könnte. In Straßburg ruft sie triumphierend, sei kein Wort gefallen, das eindringlich verlegen könnte. Unter Andersgläubigen sind natürlich nur die in Deutschland regierenden Protestanten, nicht aber Freigeister, Atheisten und Materialisten gemeint, denen gegenüber volle Schimpffreiheit besteht.

Endes ist solches Toleranzgeflügel, wie wir schon gestern darlegten, auch dann, wenn es sich nur an die Katholiken richtet, eine vollständige Verleugnung des katholischen Prinzips. Aufgabe eines religiös aufrichtigen Katholizismus ist es, alle Menschen zu seiner alleinseigentümlichen Lehre zu befehlen, wobei es sich nicht vermieden läßt, daß sich Neiger, Juden, Helden marodieren „verlegt“ fühlen. Sonst hieß es,

es sei besser, daß der Leib verderbe, als daß die Seele zur Hölle fahre; jetzt darf den Sehern aber nicht einmal mehr ein ehrliches hönes Wort gesagt werden, denn sie sind in Deutschland an der Macht.

Ein national-liberales Blatt hat einige Sätze, die in Straßburg gestanden worden sind, als Bekennnisse zur Intoleranz auszulegen versucht; die „Germania“ beeilt sich, sie zu widerlegen. Ein Hauptstreitpunkt bildet ein von Prof. Dr. Ehrhard gesprochener Satz, der folgendermaßen lautet:

„Das Bekennen zum Papsttum ist mit dem Bekennen der Gottheit Christi, mit dem das Christentum steht und fällt un trennbar verbunden.“ Dieser Ausspruch des bekannten Theologen besagt nichts, was nicht von allen gläubigen Katholiken geglaubt würde. Trotzdem ist er der „Germania“ höchst bequem. Zunächst bezweifelt sie, ob dieser Ausspruch, der für Katholiken doch nur Selbstverständliches sagt, wirklich gefallen sei. Weil sie aber gleichzeitig sieht, daß diese Würde doch zu albern ist, versucht sie den geraden Sinn jenes Satzes in sein Gegenteil umzudrehen. Prof. Ehrhard habe nur „betont, daß in der katholischen Kirche der Glaube an die Gottheit Christi unabdingt aufrechterhalten werde“. Es ist ein tragikomisches Schicksal, daß die fromme Zentrumspresse jetzt durch das katholische Bekennen des Prof. Ehrhard in Verlegenheit gebracht wird, jenes Prof. Ehrhard, der wegen seiner allzu modernen Gestaltung in strengkatholischen Kreisen geradezu als ein Abtrünniger gilt. Selbst dieser „liberalen Katholik“ ist für den Katholikentag immer noch zu katholisch.

Dieser Prof. Ehrhard hat die Entrüstung der Gerechten wider sich erregt, da er in seinem Buche „Der Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert“ offen eingestand, daß die Geschichte der katholischen Kirche manches dunkle Kapitel enthalte. Zu diesen dunklen Kapiteln gehört auch jenes vom neu preußischen Hoffkatholizismus, der für ein fulbvolles Telegramm von zehn Glaubenssätzen neun und neun Gehntel aufzugeben bereit ist. —

Das Konzil zu Straßburg.

Aus Straßburg wird uns vom 23. August geschrieben: Die geschlossene Versammlung, die heute vormittag stattfand, hat mancherlei Interessantes. Wir denken hierbei nicht an die Debatte über Bildungsvereine, wenn es auch dem Publikum verdornt war, die Bekanntheit einiger weiterer „Größen“ des Zentrums zu machen. Herr Chefredakteur Dr. Cardauns von der „Kölner Volkszeitung“ referierte und hatte als ständigen stützenden Diskussionsredner den seit langem bekannten Abg. Dr. Borch, der in seiner süsssäntlichen Manier jeden Augenblick in die Debatte eingriff. Die Ausführungen, die über das katholische Korporationswesen an den Universitäten gemacht wurden, beweisen, welche Bedeutung man in literarischen Kreisen diesen Organisationen beimittet.

Selbstverständlich waren uns über die Debatten über Tarifverträge, deren Ausbau ein vom Ausschuß angenommener Antrag befürwortete. Hier traten die Konflikte in die Erhebung. Sie bestreiten, daß alle Klassen müssen, so daß auch der letzte Arbeiter ihr den Rücken lehrt. zunächst zeigte sich das, als auf der einen Seite Herr v. Savigny die Selbsthilfe für Arbeiter als Anarchie bezeichnete, während einige christliche Gewerkschaftssstellen sich für diese Selbsthilfe erklärt und ihre Richtigkeit nachwiesen. Aber auch in diesem Nachweis zeigte sich klar und deutlich die Unmöglichkeit, Arbeiterpolitik zu treiben ohne Anerkennung des Klassenkampfes — wie die Herren sagen, „auf christlichem Boden“. Denn nicht ohne Beweis haben sie festgestellt, die katholischen Arbeitgeber mögen doch ausgelöscht werden und zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter getrieben werden. Dann manche bewilligten noch lieber eine Lohn erhöhung, als daß sie den Gedanken färgten, mit den Arbeitern überhaupt unterhandeln zu können! Dieses Gefühl des Hertentums ist so groß, daß vor ihm das Gefühl religiöser Gemeinschaft weichen muß.

Bei verständnislos ein großer Teil der Versammelten diesen Fragen gegenübersteht, beweist zur Genüge die fast amüsante Szene, daß dieselben Leute dem Jungen Savigny und den Gewerkschaftsvertretern Warnecke-Lachen und Schiffer-Breslau applaudierten!

Erläuternd sind aus dieser Morgenversammlung noch die Mitteilungen des Gewerkschaftsvertreters Schiffer-Breslau über die fünfzig Taktik der christlichen Gewerkschaften. Zu entnehmen ist aus seinen Ausführungen die Annahme, daß die christlichen Gewerkschaften von einem Zusammenschluß mit den freien Gewerkschaften abgehen wollen, daß sie bei den Arbeitgebern dahin dringen wollen, nur christlich organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Allerdings dürften die „christlichen“ bei diesem Verhältnis zufrieden bestehen als die „freien“.

Mit einer hübschen Komödie begann die öffentliche Rednitzversammlung. Der päpstliche Kunzius in Rüningen sowie die Bischöfe von Speier und Luxemburg wurden erwartet möglich, als die Herren mit den Bewohnern der Präfekturhöhle sichtbar waren, wandte sich ein dort befindliches Mitglied des Ausschusses mit der ungewöhnlichsten Geste an das Publikum. Beifall zu spenden und der Beifall kam spontan! Dann legte der Kunzius die Versammlung in einer längeren lateinischen Sprache, deren vorher geführte Uebersetzung der präzise Schirpitz nochher vorlas. Der Kunzius ist nicht weniger als gewinnend. Zutreiben spielt er in Kostüm und Schauspielen geradezu Theater. Er erzielte der Versammlung im Auftrag des Papstes den apostolischen Segen.

Am folgende Abend einiger Vortrag des Abg. Rothenstein über das Thema „Der Kampf gegen die Unzulänglichkeit in Schirpitz und Böhl“. Herr Rothenstein — mit Beifall zu sagen — mit der Unzulänglichkeit. Er sagt sie, so sagt er zu verhindern, spricht aber so viel von ihren Zuständigen und — o weh! — von seiner unzureichenden Sammlung von Unzulänglichkeiten, daß er bei seinen Hötern eine schmale Stimmung erzeugt, wenigstens bei den Herren des Katholikentages.

Ein Kollege erzählte uns während der Rede, er habe nie so „schöne“ Dinge erlebt als auf dem Kölner Katholikentag nach Rothensteins Rede. Ob sich diese Erfahrung auch hier bestätigt hat, wagen wir nicht zu behaupten. Über es gibt auch Spätz beiseite, sicher kennt größerer Sinnlichkeit als Rothensteins Predigten. Wenn dieser finstere, unscheinbare Mann, von dem man glauben möchte, er habe nie lachen gelernt, von der „elhaften Müdigkeitslosigkeit“ spricht, mit der medizinische, humanitäre Erörterungen öffentlich gepflogen werden, so erscheint er als der Typus des Dunkelmannes. Im übrigen erklärt er, ohne eine neue Legende anzuhindigen, daß diese Bestrebungen neue Freunde gefunden hätten. Die Rede kann allerdings die Herren vom Vorstand nicht allzusehr interessiert haben, wenngleich las der Vorsitzende, Schirpitz zu Löwenstein, angelegentlich unser Parteiblatt, die „Kreis-Presse“, und der Abg. Wellstein tat ein Gleichtes.

Ein äußerst interessanter und geschickter Redner, ein feiner und kluger, ja sogar ein moderner Kopf ist Kanonikus Prof. Dr. Mehenberg-Luzern, ber über „Die Pflicht der Anteilnahme der Katholiken an Wissenschaft und Kunst“ sprach. Wir wissen nicht, ob alle Theologen mit seiner Auffassung einverstanden sind. Aber seine Darstellung ist ein erneuter Beweis der Unzulänglichkeit der Kirche an die Bedürfnisse der Zeit und in diesem Sinn ist es wohl nicht ausfällig geschehen, daß gerade dieser Theoretiker und der vielleicht nicht unbedeutendere, wenn auch mehr als Agitator tätige P. Muracher die modernen und daher schwierigsten Fragen zu behandeln hatten. Der Redner beweist die Pflicht der Anteilnahme der Katholiken an Wissenschaft und Kunst — wie jeder Theologe alles beweist — mit Bibelsprüchen. Die Bibel ist in ihrer Weitheit und Weite außerordentlich geeignet, jede Schwierigkeit der Kirche zu rechtfertigen, wie ja, wenn wir nicht irren, Vandervelde schon einmal sagte, die Kirche würde einst durch Bibelsprüche beweisen, daß sie immer für eine sozialistische Gesellschaft eingetreten sei.

Morgen finden die letzten Versammlungen statt. —

Gewerkschaftsbewegung.

-d- **Bauarbeiter-Aussperrung im Mührexbier.** Frieden in Aussicht. Das Resultat der Donnerstag abend 9 Uhr beendeten Verhandlungen war die Fixierung eines Friedensprotolls und des Entwurfs eines Arbeitsvertrags. Ueber die Bedingungen, die in ihren Einzelheiten noch nicht bekannt gegeben werden sollen, haben nun noch die beiderseitigen Organisationen zu befinden. Es ist somit Hoffnung vorhanden, daß der große Kampf bald ein Ende nehmen wird. —

Schleifer-Ausstand. Die Schleifer der Fahrrad- und Kähnmaschinen-Fabrik von Seidel u. Naumann in Breslau, 120 an der Zahl, legten einstellig die Arbeit niedar. Der Grund zu diesem Vorzeige liegt in den fortwährenden Abzügen und in dem brüsken Auftreten der Direktion, die jegliche Verhandlung ablehnte. Zugang von Schleifern und Hilfsarbeitern ist streng zu halten!

g. Holzarbeiterbewegungen in Nordbayern. In Fürth haben der Deutsche Holzarbeiterverband, der christliche Holzarbeiterverband, der hirsch-Dunderliche Gewerbeverein und der Verband der Bildhauer beschlossen, zur Erzielung besserer Verhältnisse für die Holzarbeiter, gemeinsam vorzugehen. An die Unternehmer wurden bereits folgende Forderungen gestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 52 Stunden pro Woche, Beibehaltung des bisherigen Lohnes für Zeitarbeiter, Aufsetzung des Akkordlohns um 10 Prozent, Festsetzung von Mindestlohn, und zwar: für junge Arbeiter im ersten Jahr nach vollendetem Lehrjahr 17 Mark, bis zu 20 Jahren 21 Mark, nach dem 20. Jahr 22 Mark pro Woche; für Maschinenarbeiter 40 Pf., für geübte Arbeiter 43 Pf., für solche an der Fräse- und Abziehmaschine 46 Pf. pro Stunde. Für Fräser, Politurarbeit und Bildhauer soll ein Tarif ausgestellt werden. — In Wunsiedel sind die Holzarbeiter ebenfalls in eine Bewegung eingetreten und fordern: zehnständige Arbeitszeit, möglichste Vermeidung der Überstunden, in unabsehbaren Fällen Bezahlung von 10 Pf. Lüschlag pro Stunde, Regulierung der Löhne nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. August 1905.

Arbeiter, Parteigenossen!

Seht die Wählerlisten zu den Stadtvorordnetenwahlen nach! Die Listen liegen aus vom 15. bis einschließlich 31. August in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags, und zwar für die Altstadt im Steuerbüro Spiegelbrücke 1, I., Zimmer 9, für die Stadtteile Sudenburg, Neustadt und Buckau in den Rathäusern dasselb.

Besonders für Buckau ist die Einsicht nahmen notwendig, weil dort im November für unsere ausscheidenden Genossen Haupt eine Neuwahl stattfindet. Wer verhindert ist, selber die Listen einzusehen, wende sich an folgende Genossen, die bereit sind, ihm die Mühe abzunehmen: Fal. Westphal, „Thalia“, Buckau, Dorotheenstr. Otto Schmidt, „Buckauer Hof“, Buckau, Schieberstraße.

Adolf Kuhner, Buckau, Sudenburgerstr. 17. —

Chambregarnist und Schlafstelleninhaber. Anlaßlich der bevorstehenden Stadtvorordnetenwahl mag es angezeigt sein, auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts hinzuweisen, die den Unterschied zwischen einem Chambregarnisten und einem Schlafbrüder genau präzisiert. Danach sind Schlafstelleninhaber keine selbstständigen Bürger und daher nicht wahlberechtigt. Dagegen ist der Chambregarnist, das heißt derjenige, der eine möblierte Wohnung innehat, zum Wählen berechtigt. Der Unterschied zwischen Schlafstelleninhaber und Chambregarnisten ist aber ein außerordentlich geringer. Chambregarnist ist jeder, der, wenn auch mit andern zusammen, einen Wohnraum gemietet hat, ohne sich zu verpflichten, den Vermietern, die auch seine Angehörigen sein können, das Mietentnahmerecht einzuräumen. Tut er dies freiwillig, so bleibt er doch Chambregarnist. Schlafstelleninhaber ist nur, wer eine direkte Verpflichtung dazu übernommen hat, seine Wirtsleute in seinem Zimmer wohnen zu lassen. Es ist unbedingt nötig, daß diejenigen Parteigenossen, bei denen hiernach die Voransetzung zur Wahlberechtigung zutrifft, nachleben, ob ihr Name in die Liste der stimmberechtigten Bürger aufgenommen ist. —

Das Schuhwerk wird teurer. Dies kündigen Zirkulare des Verbandes thüringischer und sächsischer Lederverarbeitanten und der Freien Vereinigung von Lederverarbeitanten Mitteldeutschlands an. Es heißt da unter andern: Die Preise für Schuhware haben einen enorm hohen Stand erreicht, und es ist ganz zweifellos, daß die Höchstpreise infolge des zu erwartenden schwachen Angebots ebenfalls stark anziehen werden. Um nicht weiter verlustbringend zu arbeiten, muß daher die Lederverbranche die Preise um 3 respektive 5 Mark pro Zeitner sofort erhöhen. —

Eine Fleischnot-Interpellation dürfte voraussichtlich die nächste Stadtverordneten-Sitzung beschäftigen. Der Stadtverordnete Hobelt beansprucht, an den Magistrat eine Anfrage wegen der Fleischnot zu richten. —

Von der Tätigkeit der Hirsch-Dunderlichen Gewerbevereine. Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Erschöpfer muss den guten Leuten im Gewerbeverein gefragt haben, daß Flugblätter, strotzend von Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen, eigentlich doch das beste Agitationssmittel für Begleiter und Genossen sind, weil sie in der bekannten Weise wirken: „Verleumdet drauslos, es bleibt doch etwas hängen.“ Anders kann es wirklich nicht ausgelegt werden, wenn in einzelnen Fabriken der Metallindustrie Magdeburgs in einer Woche vier verschiedene Flugblätter verbreitet werden. Und was für welche! a) Eine Gegenbeschaffung der Leistungen, ein Flugblatt, das vor Fachwerken schon gehängt an den Pranger gestellt wurde; b) ein Düsseldorf Flugblatt des dortigen Gewerbevereins, das den Bierkott in Rheinland-Westfalen behandelt; c) eine Broschüre betreffend den Kampf in der bayerischen Metallindustrie und d) man höre und staune: ein Flugblatt der Berliner Anarchisten, in denen diese gleichfalls die Vorgänge des schon genannten Boykotts bemühen, um unter dem Deckmantel der Wahlneigung gewerkschaftlicher Interessen Propaganda für anarchistische Zwecke zu treiben. Da braucht sich dann niemand zu wundern, wenn das letztere Flugblatt von sich selbst prahlend behauptet, in 49 000 Exemplaren verbreitet zu sein; die Männer sind die Gewerbevereine. H.-D. gewesen, die nun, da all ihre eigenen Verleumdungen doch eigentlich keinen rechten Erfolg aufweisen, die Verleumdungen der Anarchisten benutzen, um uns zu schädigen. Sie werden nur zu bald einsiehen, daß auch das nicht den geringsten Erfolg für sie hat. Wie gedanklos aber solche Flugblätter verbreitet werden, wie nicht die geringste Überlegung vorliegt, ob denn solche Flugblätter überhaupt wirken können, daß sie liefern diese Flugblätterverbreitung den besten Beweis. Wir haben das erste Flugblatt schon als „verjährt“ bezeichnet. Schließlich wenn das darin Angeführte so wahr wäre, wie es falsch ist, wird dennoch jeder Kollege den saßen Freunden vom Gewerbeverein sagen: Wenn ihr schon bisher nicht an das herangetreten, was der Deutsche Metallarbeiterverband leistet, dann seid ihr jetzt, nachdem eine kolossale Steigerung der Leistungen im Verband stattgefunden hat, vollständig in das Hintertreffen geraten; das Flugblatt hat also die entgegengesetzte Wirkung. Wenn nun gar die hiesigen Hirsch-Dunderlichen unsern Leuten in Rheinland-Westfalen vorwerfen, sie hätten den Boykott nicht genügend unterstützt, dann wirkt das geradezu komisch. Erinnern sich die Leute nicht, daß das Gros der Magdeburger Arbeiterschaft in der Ausübung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Interessen von den hiesigen Sauberstellern seit 14 Jahren boykottiert ist, ohne daß die Gewerbevereine auch nur den Finger traurig gemacht hätten, um gegen dieses Unrecht mit Front zu machen. Sie haben im Gegenteil den Boykott verschärft, indem sie die Säle, die uns zur Verfügung standen, gleichfalls mißten, und alle Veranstaltungen in jenen andern Lokalen veranstalteten.

Es ist eine Unverständlichkeit, daß gerade solche Leute Kritik üben wollen an einem andern Boykott. Uebrigens weiß gerade die Magdeburger Arbeiterschaft, daß bei Boykotts leicht Fehler gemacht werden und betrachten deshalb die Einschränkung des Boykotts in Köln mit anderen Augen, mit Angen der eigenen Erfahrung.

Die Broschüre „Der Kampf in der bayrischen Metallindustrie“ ist ein weiterer Beweis dafür, daß diese Leute eine Tätigkeit ausüben, welche im Interesse der Unternehmer, nicht aber im Interesse der Arbeiter liegt. Und wenn sonst die Unternehmerschaft für solche Dienste schwer bleichen muß, hier haben wir Arbeiterorganisationen, die selbst die Mittel aufbringen, um im Dienste des Unternehmerschaft tätig sein zu können, um die schon schweren Wege, welche die Arbeiterschaft zu ihrer Befreiung zu gehen hat, noch schwieriger zu gestalten. Wenn aber diese Broschüre hier in Magdeburg verbreitet wird, dann zeigt sie wieder das Ungeschick jener Arrangements, die wieder wird sich jeder Kollege sagen, selbst wenn das in der Broschüre Gefasst so wahr wäre, wie es falsch ist (siehe die Antwort in Nr. 29, 30, 33 der „W.-Z.“), was haben wir damit zu tun? Wir haben in Magdeburg mit dem Metallarbeiter-Verband die besten, mit dem Gewerbeverein dagegen die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Wenn diese Broschüre aber gar in einer Fabrikverfammlung verbreitet wird, wo es darauf ankam, in Folge des unerhörten Vorgehens der Betriebsbeamten Front zu machen, eventuell sogar zum Neukämpfen zu schreiten, dann bezweckt man damit die Verstärkung des Zusammenhalts, d. h. die Kampffähigkeit der betreffenden Arbeiter. Wenn das nicht gelingt, dann sind nicht die Begleiter und Genossen schuld, sondern der geringe Einfluß, den sie auch in dieser Fabrik haben, und ferner die Tatsache, daß selbst die eigenen Mitglieder des Gewerbevereins sich solcher Handlungsweise ihrer Leitung schämen. Zu Ende der Broschüre wird dann auf den niedrigen Beitrag verwiesen, auch dieser Körder ausgenommen. Der Hinweis auf niedrige Beiträge ist an und für sich ein trauriges Zeichen für eine Organisation. Das damit nicht Unterstützungen in der Höhe und Ausdehnung und so viele Gebiete umfassend geleistet werden können wie im Deutschen Metallarbeiter-Verband, ist selbstverständlich. Die Folge dieser niedrigen Beiträge ist dann aber die fortgelebte im „Regulator“ erfolgende Aufforderung, durch Leistung freiwilliger Beiträge die Kosten zu stärken. Nebenbei fordert ein Flugblatt in Magdeburg zur Sammlung von Geldern auf für die Gründung einer Zeitung, 20 000 Mark werden gebraucht. Wie wäre es mit einer Anleihe von 20 000 Mark bei der Lokalfabrik Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbands? Ja, wenn so geschmort werden müßt, dann soll man nicht auf niedrige Beiträge verzieren. Wir glauben aber an alledem gezeigt zu haben, wie die zweifelhaftesten Mittel gebracht werden, um einer verlorenen Sache zu gelten. Obgleich der Gewerbeverein sich anglikt hält, einen Jahresbericht, oder doch wenigstens einen Bericht der Mitgliederbewegung und der Kasse zu veröffentlichen, nehmen wir doch an, daß durch unsre enige Tätigkeit immerhin auch ein Teil, denen vorgezählt wird, sie erreichen im Gewerbeverein dasselbe mit weniger Beitrag, sich dort als Mitglied aufzunehmen lassen. Wenn aber trotzdem und trotz der Anstellung einer großen Zahl Beamter die Mitgliederzahl in sämtlichen deutschen Ortsvereinen des Gewerbevereins der Maschinenbauer vom April 1903 bis Juli 1905 um ganze 2700 zunommen hat, während in derselben Zeit der Deutsche Metallarbeiter-Verband um 90 000 Mitglieder zunahm, dann zeigt sich hieran, daß die Arbeiterschaft vom Gewerbeverein nichts erwartet, weil dieser in seiner fast vierzigjährigen Tätigkeit auch nicht das geringste für die Arbeiterschaft getan hat; daran ändern auch solche Flugblätter und Broschüren nichts, im Gegenteil trägt gerade die darin zum Ausdruck kommende Kampfweise mit dazu bei, daß selbst den eigentlichen Mitgliedern des Gewerbevereins das Grauen ankommt. —

Die Tätsche des Krupp-Werks, so schreibt man uns aus dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, haben in letzter Zeit öfter Beratungen gehabt, über die Arbeitsverhältnisse in Unmut zu geraten, ohne daß bis heute eine nennenswerte Besserung eingetreten ist. Allerdings ist dies negative Resultat auf die allzu große Bescheidenheit und den traurigen Individualismus eines großen Teils der dortigen Kollegen zurückzuführen. Lange Arbeitszeit und unmündige Bezahlung sind die treibenden Kräfte der Unzufriedenheit. Das einzelne Alterhaltungsgebot — Lohnford — steht hier in älterer Blüte. Daneben arbeitet wieder ein Teil in Alsfeld unter den erbarmlichsten Lohndrägen und sonstigen Verhältnissen. Statt daß auch den Holzarbeitern die Möglichkeit gegeben wäre, wie in der Metallbranche, 55 und 60 Pf. zu vertreten in Abetracht der überaus

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 199.

Magdeburg, Sonnabend den 26. August 1905.

16. Jahrgang.

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Jena 1905.

Wahlen. A. Reichstagswahlen.

Kein günstiges Bild gibt die Übersicht über die in den letzten Jahren vollzogenen Nachwahlen zum Reichstag. Wenn auch bei Nachwahlen nicht immer ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war, so bildeten doch die Wahlkreise, die einen Rückgang bei Nachwahlen brachten, die Minderheit. Bei den in der Legislaturperiode 1898–05 vollzogenen 26 Nachwahlen brachten 11 Kreise einen Rückgang an Stimmen gegenüber der Hauptwahl von 1898. Während in diesen 11 Kreisen bei der Hauptwahl 31 621 Stimmen erzielt worden waren, brachten die Nachwahlen nur 29 861 für unsre Partei. Demgegenüber standen 15 Kreise mit einem Stimmenzuwachs. In diesen waren in der Hauptwahl 1898 für unsre Partei 57 220 Stimmen abgegeben, während wir in den Nachwahlen 73 810 Stimmen erlangten, so daß in allen 26 Kreisen zusammen bei der Hauptwahl 1898 88 841 Stimmen und bei den Nachwahlen 103 171 Stimmen für unsre Kandidaten abgegeben wurden. Freilich ist zu bedenken, daß die Nachwahlen in jener Legislaturperiode, die den großen Stimmenzuwachs brachten, in dieser Zeit fielen, in der die Regierung die Massen durch die Buchhausvorlage in Verzug gebracht hatte.

Stellt man die Resultate der allgemeinen Wahlen vom 16. Juni 1903 neben die bei den Nachwahlen im letzten Jahr erzielten Resultate, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei Nachwahlen vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905		
	abgegebene Stimme.	für Sozial-democr.	Prozent	abgegebene Stimme.	für Sozial-democr.	Prozent
Schaumburg-Lippe	7 280	2 310	31,7	7 250	2 192	30,2
Stichwahl	7 793	3 241	41,6	7 072	2 656	37,5
Schwerin-Wismar	23 878	10 380	43,5	24 659	10 590	42,9
Stichwahl	23 337	11 607	49,7	24 558	11 213	45,7
Gericht I und II	25 132	8 140	32,4	24 831	6 703	26,9
Stichwahl	24 407	9 742	39,9	23 408	7 105	30,3
Calbe-Schierersleben	39 276	20 261	51,6	39 409	19 013	48,2
Stichwahl	—	—	—	41 473	21 722	51,2
Kröben-Rawitsch	13 556	419	3,1	13 402	—	—
Hof	22 663	10 678	47,1	23 879	10 834	43,2
Stichwahl	24 900	12 295	49,4	26 047	11 182	42,9
Hanau	26 582	10 198	38,4	25 448	8 662	34,0
Stichwahl	26 246	11 257	42,9	24 523	10 166	41,5
Kaufbeuren	16 706	846	5,1	14 192	670	4,3
Oberbarmen	16 947	7 202	42,5	16 126	6 319	39,2
Stichwahl	17 807	8 357	46,9	16 330	7 592	46,5
Donauschingen	21 269	2 189	10,3	21 208	1 866	8,8
Büch-Erlangen	26 346	12 031	45,7	28 059	13 624	48,6
Stichwahl	29 058	13 553	46,6	—	—	—

Für den Stillstand oder zichtiger Rückgang an Stimmen hat man vielerlei Erklärungen gesucht. In dem Streit verschiedener Kreisorgane unserer Partei untereinander beschuldigte ein Parteizeitung das andre, daß dessen Stellungnahme oder Rücksichtnahme zu bestimmten Fragen die Ursache des Rückgangs sei. Ferner wurde der Gebrauch einiger Kraftausdrücke als Ursache des Rückgangs angegeben. Auch wurde behauptet, daß die Regierung durch eine schlaue Politik dem aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag jede Bedeutung nimmt und dadurch eine wachsende Gleichgültigkeit der arbeitenden Massen für den Reichstag und die Reichstagswahlen hervorgerufen hat.

Alle diese Gründe werden nicht oder doch nur zum Teil zu treffen. Die Stimmen gingen auch in Kreisen zurück, in denen auch nicht ein einziges Exemplar der Zeitungen gelesen wird, welchen man den Vorwurf macht, daß sie den Rückgang verschuldet haben.

Auch der Einwand von der „schlauen Politik“ der Regierung wird nur soweit zutreffen, als es in der letzten Zeit an Vorlagen gefehlt hat, die die Massen so aufpeitschen, wie es die Buchhausvorlage und der Buchertarif getan haben. Wo die Massen in Bewegung sind, machen wir Fortschritte, das beweist die eine Ausnahme: daß Wahlresultat in Büch-Erlangen. Dort waren die Massen durch die wenigen Tage voraufgegangene bürgerliche Landtagswahl in Bewegung gesetzt. Die zur Landtagswahl geschaffene Organisation war noch in Wirklichkeit und dadurch wurde der Fortschritt erzielt.

Eine Lage, die vielfach geführt wird, verdient Beachbung. Es wird darüber gesagt, daß die Gegner früher nie mit solcher Energie, solcher Rücksichtslosigkeit und solcher Struppellosigkeit in der Wahl der Mittel den Wahlkampf geführt haben, wie bei den jetzt stattgefundenen Nachwahlen. Das kann zutreffen, aber diese Errscheinung ist nicht neu. Diese Erfahrung haben die Genossen in allen Kreisen gemacht, wo durch ununterbrochenes Fortschreiten der Bewegung nach Jahrtausenden Ringen das Mandat erobert wurde.

Je näher wir daran waren, einen Kreis zu erobern, um so rücksichtsloser gingen die Gegner vor. Was sonst von dem einzelnen Kreis gilt, mag nach unsern Erfolgen vom 16. Juni 1903 für ganz Deutschland zutreffen. Über es wäre traurig, wenn unsre Erfolge von der Lässigkeit unsrer Gegner abhängig sein sollten. Unsre Gegner lernen von uns.

Was wir sonst im Ausbau unsrer Organisation und in der Gewandtheit in der Führung eines Wahlkampfes voraus hatten, das wird, da es hierfür keinen Patentdienst gibt, uns noch gemacht.

Dazu kommt, daß die Gegner noch durch die wirtschaftliche Macht über Mittel verfügen, die uns nicht zu Gebote stehen. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen.

Gewiß bringt ein allgemeiner Wahlkampf eine ganz andre Begeisterung in die Massen als es eine einzige Nachwahl vermag. Jeder Wähler weiß, daß die einzelne Nachwahl an dem allgemeinen Bild des Reichstags nichts ändert. Auch fanden die allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 unter besonders günstigen Umständen statt. Die Gewaltmittel, mit denen der Buchertarif durchgedrückt worden war, hatten alle Schichten der Bevölkerung in Aufregung versetzt und hunderttausende Wähler brachten ihre Empörung am 16. Juni 1903 durch Abgabe eines sozialistischen Stimmzettels zum Ausdruck. Was bei allgemeinen Wahlen durch die allgemeine Begeisterung an uns herangereissen wird, das sollten wir durch intensive Agitation und gute Organisation zu erhalten wissen. Hieran scheint es aber in vielen Bezirken zu fehlen. Als die Nachwahlen kamen, mußte in vielen Bezirken der Wahlkreise erst wieder die Organisation zum Wahlkampf ausgebildet werden, und nun feierten die Gegner mit stärkeren Mitteln ein; auf solchen Überstand hatten unsre Genossen nicht gerechnet und mußten dann die Folgen davon tragen. Die Genossen dürfen nicht erst dann mit dem Ausbau der Wahlorganisation beginnen, wenn eine Wahl in Aussicht steht, sondern sie müssen immer gerüstet sein. Sie müssen von jedem Winkel des Wahlkreises wissen, welcher Genosse ihn zu bearbeiten hat, dann kommt ihnen nie eine Wahl als Überraschung.

Die Genossen sollten bedenken, daß die Eroberung von Reichstagsstätten nicht der alleinige und nicht einmal der Hauptzweck unserer Agitation und Organisation ist. Unser Hauptziel ist doch, die ganze Arbeiterschaft für den Sozialismus zu gewinnen. Das Streben nach diesem Ziel darf nie und in keinem Bezirk unterbrochen werden. Die Reichstagswahlen sind überlasse Geometrie für die agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Genossen. Wenn durch die Wahlresultate bekannt wird, daß in einem längeren Zeitraum in einem Kreis keine Fortschritte, sondern in vielen Fällen gar Rückschritte zu verzeichnen sind, dann ist damit bewiesen, daß es an dem nötigen Eifer und Geschick in der Agitation und Organisation gefehlt hat, um dem verstärkten Ansturm der Gegner die Spalte zu bieten. Mit einem verstärkten Ansturm der

Gegner müssen wir aber rechnen, und zwar künftig mehr als je zuvor.

B. Landtagswahlen.

Ein erfreulicheres Bild boten die im Berichtsjahr stattgefundenen Landtagswahlen. Am 26. August 1904 wurde der Oldenburgische Landtag neu gewählt. Obwohl verloren unsre Genossen die früher durch einen Zufall erlangten drei Mandate für Delmenhorst. Sehr hatten die Gegner, vom Kreisinn bis zu den Ugratieren, ein Bündnis geschlossen und teilten sich die Delmenhorster Mandate. Aber im ganzen Lande hatten unsre Genossen einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und eroberten ein neues Mandat im Fürstenland Lübeck, so daß vier Genossen im Landtag sitzen. Die Genossen in Dessau verloren in einer Nachwahl am 15. September das Mandat für Coswig-Röslau, welches früher der Genosse Günther hatte. In Lippe-Detmold, wo am 1. Dezember eine Neuwahl des Landtags stattfand, erlangten unsre Genossen. Von den in der dritten Klasse insgesamt abgegebenen 8500 Stimmen 2400 Stimmen und kamen dadurch in drei Kreisen in Stichwahl.

Am 29. September fanden Neuwahlen zum Landtag für Neubj. statt, bei welchen unsre Genossen einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Gewählt wurden die Genossen Böttger, Vetterlein und Leven, während die Genossen Kahnt und Werner in die Stichwahl kamen. Bei der am 16. Oktober stattgefundenen Stichwahl wurde Genosse Kahnt gewählt.

In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde.

In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unsre Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde. In den gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 28. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Ein glänzender Sieg erstritten unsre Genossen in Eglingen am 1

Nominierungen über die Wahlreform die Erhaltung dieses Wahlbereiches verhindert und hat dafür bei den Wahlen dichten müssen. Das war bei jedem Wahlkreis Altenberg verloren, war seine Niederlage, sondern ein Spiel des Zufalls. Unsere Partei brachte 22000 Stimmen auf und unterlag, während die Liberalen mit 14818 Stimmen einen sogenannten Sieg erstritten. An andern Stellen, z. B. in Kremmen, erlangten wir trotz der Schwäche unserer Partei in diesem Kreis ein Mandat. Trotz des Verlustes der vier Altenberger Mandate wird unsre Fraktion statt elf Mandate in der abgelaufenen Legislaturperiode großzügig Siege in der kommenden Legislaturperiode haben.

Die Fortschritte, welche unsre Partei gemacht hat, werden sich erkennen lassen, wenn schon eine vollständige Statistik über die abgegebenen Stimmen vorliegen würde. Diese liegt aber noch nicht vor. Bezeichnend für den Fortschritt sind die Resultate in der Pfalz. Dort wollte unsre Genossen durch die Wahlkreisgeometrie ganz verdrängen und die ganze Pfalz bis auf ein Mandat den Liberalen überlassen. Dieser Plan schien auch gelingen zu können; hatten doch unsre Genossen vor 12 Jahren eine großer Anstrengung in der ganzen Pfalz nur drei Wahlmänner gewählt. Am 10. Juli aber erlangten sie 250 Wahlmänner, darunter in Speyer-Ludwigshafen 78, so daß sie diesen Kreis als eigener Kraft erobern.

C. Gemeinbewahlen.

Ein überragend günstiges Bild von dem Vordringen unsrer Bewegung geben die Erfolge bei den Gemeinbewählungen. Es ist unmöglich, hier ein vollständiges Verzeichnis aller Wahlsiege unter Angabe der Stimmenzahl zu geben. Hierüber müßten die Landes- und Provinzialkomitees Zusammenstellungen anfertigen, wie dieses schon von einer Anzahl Agitationstümmlers geschehen ist. In Württemberg sahen z. B. 284 unsre Genossen in den Stadt- und Gemeinbevollmächtigungen, und zwar 108 Genossen als Gemeinderäte und 176 Genossen als Bürgerausschusmitglieder. In dem Agitationssieg für Hessen-Nassau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 53 am 1. April 1904 auf 121 am 1. April 1905.

Eine Zusammenstellung liegt aus Sachsen vor. Nach der sächsischen Landgemeindeordnung zieht in den meisten Gemeinden alle zwei Jahre ein Drittel der Gemeindevertreter aus, in andern Gemeinden jedes Jahr. Es trifft nun, daß von den Gemeinden, in denen alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet, dieser Wechsel bei den meisten Gemeinden in den Jahren mit geraden Endziffern eintritt. Will man die Erfolge mit früheren Jahren vergleichen, so muß man die Jahre mit geraden Endziffern zum Vergleich mit den Stichtagen von 1904 heranziehen. Leider war uns eine Zusammenstellung von 1902 nicht zugänglich, wir müssen also die Jahre 1898 und 1900 nehmen. 1898 hatten die sächsischen Genossen in 88 Orten Erfolge; gewählt wurden 180 Genossen als Vertreter, darunter 18 anfängliche. 1900 errangen die sächsischen Genossen in 148 Gemeinden Siege und eroberten 279 Mandate, darunter 52 anfängliche. Nach den für 1904 vorliegenden Berichten errangen unsre sächsischen Genossen in 207 Orten Siege und eroberten 364 Sitze, darunter 91 Sitze der anfänglichen und 273 Sitze der unanfänglichen Klasse.

Als der lange Liste der besonders bemerkenswerten Erfolge stehen wir folgende hier. Am 12. Oktober beteiligten sich unsre Genossen in Oberstein zum ersten Male an den Gemeinbewählungen und eroberten 4 Sitze. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg, wo im Oktober die Neuwahlen stattfanden, errangen unsre Genossen in Schmölln, Eisenberg und Ronneburg sämtliche Mandate der breiten Klasse. In Altenburg wurden zu den bis jetzt besessenen fünf Mandaten vier weitere erobert.

In Kiel, wo die freimaurige Rechtheit durch Hinterfrageung des Beschlusses auf die höchste Stufe, welche die Königlich-holsteinische Stadtverordnung zuläßt, unsre Genossen aus der Stadtvertretung hinausgedrängt hatten, wurde am 3. November Genosse Adler gewählt. Am 4. November wurden in Leipzig, wo vier Genossen das dem Stadtparlament zugeschickten wußten, sieben Genossen gewählt. Vor dieser wurden in Frankfurt a. M., trotz des 1800 Wahlgenusses, 4808 Stimmen gegen 2882 im Jahre 1903 für Sozialisten abgegeben. Genosse Bielmont wurde gewählt und 12 Genossen kamen in Städtewahl. In der Städtewahl wurde dann noch Genosse Hüttmann gewählt. In Offenbach gelangten unsre Genossen ihre Stimmenzahl von 2672 im Jahre 1901 auf 3088 bei der am 10. November stattgefundenen Wahl. Es wurden 18 Genossen gewählt, wodurch das Stadtparlament sich nun aus 25 Sozialdemokraten und 11 Gegnern zusammensetzte. In Düsseldorf steigerten unsre Genossen ihre Stimmen auf 4540 gegen 2610 bei der letzten Wahl. Sie brachten zwei Mandataten durch und zwei Genossen in Städtewahl. In demselben Tage wurden zwei Sozialdemokraten in Gräfenthal gewählt. Am 15. November wurden in Halberstadt die Genossen Dr. Cohn und Gerlach gewählt und zwei Genossen in die Städtewahl gebracht. Nach sehr heftigem Kampfe stiegen am 17. November in Grimmais fünf neue Genossen. Am 19. November wurden in Riedendorf sieben Genossen in das Stadtparlament gewählt. Am 22. November beschlossen unsre Genossen in Siettau drei bisher besessene Mandate und eroberten vier neue, wodurch die sozialistische Fraktion auf 17 Mitglieder stieg. An selben Tag errangen unsre Genossen in Velbert und in Hünxe bei 40 Sitze für das Stadtparlament. Am 23. November wurde in Berlin Genosse Wengels mit 1448 Stimmen gegen 120 Stimmen, welche die Gegner erhielt, gewählt. Am 24. November stiegen unsre Genossen in Magdeburg in der Neustadt und Süderenburg, während sie in der Altstadt unterlagen, obwohl sie 300 Stimmen mehr ausbrachten als bei der Wahl im Jahre 1902. In demselben Tage wurden in Solingen die Genossen Reichmann, Rehger, Gittelbaum und May gewählt. Dort wurden 1812 Stimmen gegen 1455 im Jahre 1903 für unsre Genossen ausgebracht, während die Stimmenzahl der Gegner in demselben Zeitraum von 1238 auf 1084 sank. In Dresden brachten unsre Genossen 10200 Stimmen für ihre Kandidaten bei der Wahl am 30. November auf. Sie hatten gegen die Wahl von 1903 einen Stimmenzuwachs von 4500, was sie erhalten noch kein Mandat. Am 1. Dezember eroberten die Genossen von Klemens fünf neue Mandate und behaupteten eins, welches sie schon früher besessen hatten. In Speyer wurden an demselben Tage sechs Mandate behauptet. In Kiel wurden am 3. Dezember die Genossen Stach, Ulrich und Göring mit 214 bis 221 Stimmen gewählt, während die Gegner 72 bis 76 Stimmen erhielten. Am 21. Dezember wurden in Riedendorf die Genossen Stell und Ihm gewählt. Die Genossen in Siettau eroberten am 31. Januar zwei Mandate für den Gemeinderat und damit die Rechtheit in dieser Gemeinde. Am 12. und 19. Februar fanden in Straßburg Gemeinbewahlungen statt, bei welchen unsre Genossen ihre fünf zur Zeit befindlichen Mandate behaupteten und drei neue eroberten. Am 21. Februar wurde in Geesthacht die Genossen in Kiel ein zweites Mal. Genosse Seeger wurde mit 2015 gegen 1790 Stimmen, die der Gegner erhielt, gewählt. Am 26. Februar wurden in Jülich 22 Genossen in die Stadtvertretung gewählt. In Karlsruhe wurden am 2. Mai unsre Genossen mit großer Mehrheit 16 Mandate, um die gekämpft wurde. Am 22. Mai wurden in Kiel die Genossen Stell und Ihm gewählt, während die Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament auf ihre Sozialisten ging. Am 13. Juni brachten unsre Genossen in Borsigheim 22 Stimmen für ihre Kandidaten auf, während die Gegner es nur auf 916 Stimmen brachten.

Wer nicht allein in die Stadtparlemente, sondern auch zu Verwaltungsräten, sondern auch zu

wurde aber nicht bestätigt. In Waltershausen im Herzogtum Sachsen, wo unsre Genossen alle zehn Sitze des Gemeinderats inne haben, besiedeln zwei Genossen das Amt eines Stadtrats. Am 21. März wurde Genosse Bieneckmann als Stadtrat gewählt.

Sehr bedeutsam ist es, wenn man statt durch ehrlichen Kampf durch Kompromiß mit den Gegnern in den Besitz von Mandaten zu gelangen sucht. Während in Offenbach die Genossen in heftigem Kampf gegen die Gegner standen, suchten in Darmstadt und Wiesbaden die rechts geuerliche Liste 2407 Stimmen erhielt. Auch in Darmstadt erhielten die Genossen durch Kompromiß mit den Hauptbeamten bei der Wahl am 14. November drei Mandate. In Ludwigshafen hatten Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt, man nannte es einen "freiwilligen Proporz". Diese Liste erhielt denn auch sowiel Stimmen, daß sämtlich darauf verzeichnete Personen gewählt wurden. Dort soll ein derartiges Vorgehen durch die Städteordnung und durch die Verhältnisse in der Partei geboten sein. — (Fortschreibung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Dresden, 25. August. (Ein Gewerkschaftsfest) findet am Sonntag im Gasthof zum weißen Ross statt. Näheres siehe Journal in gestriger Nummer. —

— (Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet nicht am Sonnabend den 26. d. M., sondern am Sonnabend den 2. September bei Hildebrandt statt. —

Groß-Ottersleben, 25. August. (Zur Verhältnissen im Ottersleber Konsumverein) wird uns geschrieben: In Nr. 198 der "Vollstimme" wendet sich die Verwaltung des Fabrik- und Landarbeiterverbandes mit einem Versammlungsbericht an die Oeffentlichkeit, um die im obengenannten Verein vor sich gehenden Machinationen hierzu zu hängen. Schreiber dieses hat neben so manchen anderen ebenfalls zur Kenntnis erfahren, wie die Verwaltung des Konsumvereins blindlings allen Anordnungen des Herrn Köpke Gehorsam leistete. Ist doch dieselbe von jeher bestrebt gewesen, immer noch reaktionär aufzutreten, als der genannte Herr selber. Wenn bisher von seiner Seite das Gebaren dieser Leute an die Öffentlichkeit gebracht wurde, so deswegen, daß wohl bei allen denkenden Vereinskundigen einmal immer noch die Meinung vorhanden war, die geforderte Verunität mache doch bei den Leuten, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, die in den einzelnen Organisationen nicht an letzter Stelle stehen, den Sieg davon tragen und daß zum anderen sich ja mancher sagt: "Vash ke weiter wirst du, die Zeit wird schon kommen, wo der Gesamtverband bis Augen ausgehen werden." Das scheint es jetzt, als wenn ein Umsturz im Werden begriffen ist, als wenn sich die Herren abgewirtschaftet haben. Die Verwaltung, Herr Köpke, ist allerdings noch einmal gesiegt. Die so begreifliche geringe Forderung des Amtschefs ist abgelehnt; aber, wehe, welch ein Sieg! Die Elte der Massenbewegung denkenden Ottersleber Arbeiterschaft ist der geschlagene Teil. Jedoch, das zeigt das Vorgehen der Fabrik- und Landarbeiter: keineswegs ist dieselbe gewillt, die Dinge so weiter gehen zu lassen. Sind einmal die Verhältnisse des Konsumvereins in die Öffentlichkeit gebracht, müssen die einzelnen Organisationen dazu Stellung nehmen. Der Scharfmacher gesteht, das Arbeitsherrentum der Verwaltungsratsmitglieder muß gebrochen werden. 1 Mark pro Woche, 16½ Pf. pro Tag verlangt der Deutscher Wohnungs- und Gewerkschaftsgenosse. Sozialdemokraten sind es, die als Arbeitgeber diese Forderung ablehnen! Ablehnen mit der Begründung, das Wohl und Wehe des Betriebs hänge davon ab. Das glaubt ja der Scharfmacher, der diese sameise Verhandlung gab, selber nicht; aber Herr Köpke hat es ihm zugestellt und da auch es wahr sein. Sozialdemokraten, sowohl ihr Mitglieder des Konsumvereins seid, wollt ihr euch denn am Narrenfeuer von solchen unfaulen Kopien führen lassen? Soll es wirklich möglich sein, daß ihr solche Ammenmädeln glaubt, wie man sie euch weiszumachen bestrebt ist? Taurig, lies traurig, wäre es, wenn ihr die Wahrheit nicht finden würdet. Köpke und seinesgleichen lassen sich nicht von unsren Parteiverein leiten; deren Handlungswise wird bestimmt von tiefstem Egoismus. Dafür als Beleg nur ein Beispiel. Als die Ottersleber Lehrer 240 Mark Wohnungsgesetzlaste beanspruchten, da war es das Vorstandsmittel der Zeche (Sozialdemokrat) des Konsumvereins und der Geschäftsführer Köpke (Reaktionär), die hand in hand diese Forderung als zu hoch beklagten. Als es sich aber um den Geschäftsführer selber handelte, da waren auf einmal 250 Mark nicht zuviel. Wer sich solche Handlungswise vor Augen führt, und nun wieder sieht, wie der Kutscher behandelt wird, weil er es wagte, seine Lage verdeckt zu wollen, dem kann es doch wirklich nicht schwer fallen, ein gerechtes Urteil zu fassen; der muß begreifen, warum gerade die führenden Parteigenossen — die man ja in der der Kritik überwiegenen Versammlung auch befand — den Verein den Rücken lehnen. Hoffentlich werden die edlen Männer, die es jetzt drücken, so niederrückende Behauptungen anzustellen, das Wort ergreifen, um ihren Standpunkt zu begründen. Oder soll es mit den kurzen Berichten in der bürgerlichen Presse abgeln sein? —

Burg, 24. August. (Achtung, Schuhmacher Burg!) Die Firma Ed. Hammer, G. m. b. H., Dresden, nicht im Central-Anzeiger und andern Blättern überholer und zwicker für Mitte September. Wie uns der Gauleiter in Bekämpfung mit der dortigen Ortsverwaltung mittelt, sollen dort die Löhne reguliert werden. Wir rüchten, dort keine Arbeit anzunehmen, da dort viele Arbeitlosen werden. Sollen jedoch schon einige Kollegen auf diese Leinwand geangangen sein, so bitten wir, sofort mit der Ortsverwaltung am hiesigen Ort Bürgschaft zu nehmen. Kollegen, sei ehrlich und füllt euren Arbeitsmarktbuch nicht in den Rücken! Die Ortsverwaltung des Schuh-

Burg, 24. August. (Durch durchgehendes Führen) hätte hier gestern vormittag bald großes Unglück eutstehen können. Ein dem Rittergut Strössow gehöriges Gespann raste von der Fahrtstraße aus über den Markt durch die Gerdelerstraße bis zur Überstraße. Hier mußte daselbe Halt machen, da eins der Pferde gestürzt war. Und das war ein Glück, da gerade die Schulfinder ihoreweile aus der Schule kamen. Wäre nicht das Gespann zum Halt geblieben, so wäre ein großes Unglück entstanden. So aber sind die Kinder glücklicherweise mit dem bloßen Schreck davongekommen. Kurz vor dem Eintritt in die Gerdelerstraße fuhr das Gespann gegen einen mit Kindern besetzten Wagen aus Übenthal. Zum Glück ist keins der Kinder verletzt worden. —

— (Der Altstadtk) hat schon viele Bewohner angesicht und manche Menschen kommen durch den übermäßigen Gewalt des selben zu weit, daß sie nicht mehr die Begehrung Mensch verdienen. So mußte es vorigem Abend einen widerlichen Eindruck, als auf dem Markt ein ab und zu als Maurer tätiger Arbeiter in einem Total bewaffneten Gefüge aufgefahren wurde. Da derjenige des Gehens völlig unzählig war, wurde er per Handwagen nach dem Polizeigefängnis gefahren. —

Wernigerode, 24. August. (Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung) fand am Sonnabend hier statt, zu welcher die Arbeiter der Steingutfabrik besonders eingeladen waren. Der Gewerkschaftsleiter, Scherf, gab einen geschilderten Überblick über die Entwicklung der Industrie, der Arbeiterschwung und der Sozialpolitik. Am verschiedenen Beispielen wurde der Versammlung gezeigt, daß die Unternehmer es weit besser verstanden ihre Interessen zu vertreten als die Arbeitnehmer. Die getragenen Sätze werden nur dort

bezahlt, wo die Arbeiter schlecht organisiert sind. Bei Erörterung der hiesigen Arbeitsverhältnisse teilte Referent den Inhalt eines Briefes mit, der einen der Angestellten der Deutschen Steingutfabrik an den Gewerkschaftsleiter nach der letzten Gewerkschaftsversammlung richtete. Unter großer Heiterkeit nahm die Versammlung davon Kenntnis mit dem Wunsche, Herr L. möchte den Klageweg beschreiten, damit die Angeber und ihre Glaubwürdigkeit bekannt würden. (Warum so klar? D. Med.) Von der Bahnbewegung der Brenner ist noch zu berichten, daß die Fabrikleitung es doch für notwendig gehalten hat, eine 10prozentige Bahnabschöpfung zu bewilligen, ebenfalls noch eine Arbeitserschließung. Die vorige Versammlung brachte dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter über 40 Mitglieder, die legte ebenfalls eine größere Anzahl. —

Neuhaldensleben, 24. August. (Gewerkschaftsarbeit) Die nächste Sitzung findet am Dienstag den 29. d. M., abends 8 Uhr, statt. Pünktliches Erscheinen der Delegierten ist notwendig. —

Salzwedel, 24. August. (Geschwindigkeit ist keine Hecke i. e.) Eine spaßige Wette wurde lärmlich in einem hiesigen Restaurant zwischen einem Handwerksmeister und einem Kaufmann zum Austrag gebracht. Ersterer hatte gewettet, daß er imstande sei, innerhalb von 15 Minuten nach seiner allgemeinen Wohnung zu laufen, einen andern Anzug anzuziehen und vor Ablauf der Frist wieder im Lokal zu erscheinen. Er gewann seine Wette glänzend in 2 Minuten und 15 Sekunden. —

Stuttgart, 24. August. (Die gestrige Versammlung der Volksvereinsfiliale) beantragte die Delegierten zur Generalversammlung, das Quittieren des Eintrittsgeldes durch besondere Marken zu beantragen. Die Delegierten zur Kreisversammlung wurden beauftragt, die Vernichtung der alten Parteimarken und die Auflösung neuer zu beantragen. Der Vertrauensmann gab bekannt, daß am 3. September, abends 7 Uhr, eine Protestversammlung gegen die Fleischsteuerung, mit dem Genossen Reichstagabgeordneten Albrecht als Referenten, stattfinden wird. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Stuttgart II eine gleiche Versammlung am 29. August im Weihenreischen Hofstatt veranstalten will und daß die dieserhalb ausgegebenen Handzettel insofern irreführend zu wirken gesignet sind, als sie den Einbruch hervorruft, so wie die Versammlung von der Stuttgarter Parteileitung arrangiert sei. Es wurde beschlossen, demgegenüber durch Handzettel sofort bekannt zu geben, daß unsre Versammlung am 3. September stattfindet. Sechs Mitglieder wurden aufgenommen. —

Stuttgart, 24. August. (Achtung - Badenschluss) Bei den hiesigen Baden-Zubehörern kürzlich zur Unterschrift ein Gesuch um Einsicht in den Achtung - Badenschluss. Die Sonnabende, die Tage vor den großen Festen, die Weihnachtszeit sollen davon ausgenommen sein. Möchten diese Bestrebungen recht bald von Erfolg geblüht sein. —

Thale, 25. August. (Zur Protestversammlung) am Sonnabend abend, in welcher Genosse W. Haupi über die Fleischsteuer rezipieren wird, werden die Genossen erucht, für guten Besuch zu agitieren. Auch von denen der nahegelegenden Ortschaften darf keiner fehlen. Alles Nähere im Jesterat. —

Thale, 25. August. (Eine neue Fahrstraße) wird vom Steinbachtal aus nach dem Bergtheater auf dem Hegenplatz gebaut. Dazu müssen 100 Meter hohe Granitfelsen, die seit abfallen gesprengt werden. Die großen Felsmassen, die von den Magdeburger Steinmetzen abgesprengt werden, werden an Ort und Stelle zu Bordwällen, Pfostensteinen usw. verarbeitet. Die neue Straße erhält Abschluß an der geschlagene Teil. Jedoch, das zeigt das Vorgehen der Fabrik- und Landarbeiter: keineswegs ist dieselbe gewillt, die Dinge so weiter gehen zu lassen. Sind einmal die Verhältnisse des Konsumvereins in die Öffentlichkeit gebracht, müssen die einzelnen Organisationen dazu Stellung nehmen. Der Scharfmacher gesteht, das Arbeitsherrentum der Verwaltungsratsmitglieder muß gebrochen werden. 1 Mark pro Woche, 16½ Pf. pro Tag verlangt der Deutscher Wohnungs- und Gewerkschaftsgenosse. Sozialdemokraten sind es, die als Arbeitgeber diese Forderung ablehnen! Ablehnen mit der Begründung, das Wohl und Wehe des Betriebs hänge davon ab. Das glaubt ja der Scharfmacher, der diese sameise Verhandlung gab, selber nicht; aber Herr Köpke hat es ihm zugestellt und da auch es wahr sein. Sozialdemokraten, sowohl ihr Mitglieder des Konsumvereins seid, wollt ihr euch denn am Narrenfeuer von solchen unfaulen Kopien führen lassen? Soll es wirklich möglich sein, daß ihr solche Ammenmädeln glaubt, wie man sie euch weiszumachen bestrebt ist? Taurig, lies traurig, wäre es, wenn ihr die Wahrheit nicht finden würdet. Köpke und seinesgleichen lassen sich nicht von unsren Parteiverein leiten; deren Handlungswise wird bestimmt von tiefstem Egoismus. Dafür als Beleg nur ein Beispiel. Als die Ottersleber Lehrer 240 Mark Wohnungsgesetzlaste beanspruchten, da war es das Vorstandsmittel der Zeche (Sozialdemokrat) des Konsumvereins und der Geschäftsführer Köpke (Reaktionär), die hand in hand diese Forderung als zu hoch beklagten. Als es sich aber um den Geschäftsführer selber handelte, da waren auf einmal 250 Mark nicht zuviel. Wer sich solche Handlungswise vor Augen führt, und nun wieder sieht, wie der Kutscher behandelt wird, weil er es wagte, seine Lage verdeckt zu wollen, dem kann es doch wirklich nicht schwer fallen, ein gerechtes Urteil zu fassen; der muß begreifen, warum gerade die führenden Parteigenossen — die man ja in der der Kritik überwiegenen Versammlung auch befand — den Verein den Rücken lehnen. Hoffentlich werden die edlen Männer, die es jetzt drücken, so niederrückende Behauptungen anzustellen, das Wort ergreifen, um ihren Standpunkt zu begründen. Oder soll es mit den kurzen Berichten in der bürgerlichen Presse abgeln sein? —

Wernigerode, 24. August. (Schluß den Streit) Der hier im März ausgebrochene Streit in der Überschinen Mischgewerkschaft hat noch ein Nachspiel gehabt, und zwar vor dem Landgericht in Halberstadt. Der Metallarbeiter Gustav Höhne aus Roschenrode hatte gegen das Schöffengerichtsurteil vom 6. Juli, das ihn mit 8 Tagen Gefängnis bestrafe, weil er den Arbeitswilligen Metallarbeiter Gläde in zwei Fällen beleidigt haben soll, Berufung eingelegt. Aus der Verhandlung gehen mit das Folgende wieder: Richter: Warum traten sie in den Streit, welche Ursache hatten sie dazu? Angeklagter: Uns wurden läufig die Afordlungen gebracht, so daß wir dagegen vorgehen mußten. Eine Lohnforderung habe wir nicht gestellt. Außerdem kam noch hinzu, daß zwei Kollegen gewahrsagt wurden. Richter: Sie haben am 23. und 26. März den Metallarbeiter Gläde vor der Türe des Fabrikgebäudes beleidigt und bedroht. Am 29. März sagten Sie zu ihm: "Du wirst schon sehen, was Dir passiert" und am 26. März haben Sie ihm zugerufen: "Du bist ein schöner Bruder, lasst es mir erst Gottlängt werden, dann trage ich Dir die Kugel aus." Höhne: Die letzten Worte habe ich nicht gesagt; davon weiß ich nichts. Richter: Warum traten sie in den Streit, welche Ursache hatten sie dazu? Angeklagter: Uns wurde läufig die Afordlungen gebracht, so daß wir dagegen vorgehen mußten. Eine Lohnforderung habe wir nicht gestellt. Außerdem kam noch hinzu, daß zwei Kollegen gewahrsagt wurden. Richter: Sie haben am 23. und 26. März den Metallarbeiter Gläde vor der Türe des Fabrikgebäudes beleidigt und bedroht. Am 29. März sagten Sie zu ihm: "Du wirst schon sehen, was Dir passiert" und am 26. März haben Sie ihm zugerufen: "Du bist ein schöner Bruder, lasst es mir erst Gottlängt werden, dann trage ich Dir die Kugel aus." Höhne: Die letzten Worte habe ich nicht gesagt; davon weiß ich nichts. Richter: Der Zeuge Gläde hat dies aber bestätigt. Haben Sie mit ihm etwas vorgehabt? Höhne: Wir haben uns nie gezankt und waren befreundet. Ich habe mich nur über ihn gefreiert, weil er an dem Morgen, an dem wir in den Streit traten, zur Arbeit ging, trotzdem er einer der Ersten war,

Beurteilung, von berufener Seite, nämlich vom Vorsteher, die „Objektivität“ seiner Berichterstattung beurteilt. Das Blatt hatte in dem Bericht über die letzte Sitzung bemerkt, daß in der Gasanstaltsgesellschaft wieder einmal bei Paris um nichts gemacht worden sei. Der Vorsteher ging deshalb näher auf die Angelegenheit ein und kam dabei zu dem Ergebnis, daß es sich darum gehandelt habe, aus dem Gaswerk 10.000 Mark mehr für die Stadt herauszuschlagen. Wie man da von viel Kärm nur nichts schreiben könne, sei ihm unverständlich. Genosse Stadt. Bartels bemerkte hierzu, daß er sich über den Bericht durchaus nicht gewundert habe, denn er habe in dem Berichte stets unbedingt entstehende Berichte gefunden. Zur Sache selber wurde bemerkt, daß bei den jetzigen Erörterungen nicht mehr Gewinn aus dem Bericht zu erwarten sei und damit die Angelegenheit als erledigt betrachtet. Beim folgenden Punkte, der die Verhinderung des in Bamberg stattfindenden Städteabends der Provinz-Sachsen und des Herzogtums Anhalt betreffe, ersuchte der Stadt. Er gab den ersten Bürgermeister, auf dem Städteabend doch einmal die Grenzen für Schweine zur Sprache zu bringen. Genosse Bartels riette hierbei an den Bürgermeister die Frage, ob der Magistrat wohl einer eventuellen Petition der Gesammlung beir. die Definition der Grenzen zustimmen werde. Der Gesetzgeber antwortete sehr ausweichend; das sei eine Angelegenheit, die reizlich überlegt werden müsse. Die zweite Frage des Genossen Bartels, ob denn vielleicht der Magistrat beabsichtige, selber mit einer entsprechenden Vorlage an die Gesammlung heranzutreten, wurde direkt verworfen. Der Bürgermeister erklärte, kein Zweck von Schlägen ins Wasser zu sein; solche seien aber die ganzen Bestrebungen, die auf Eröffnung der Grenzen gerichtet sind. Die Regierung werde nicht nachgeben, und wenn noch so viele Petitionen eingehen und noch so viele Resolutionen gesetzt würden. (Allerdings ein etwas eigenartiger Standpunkt, den der Bürgermeister da einnimmt. Wenn keine Aussicht auf Erfolg ist, dann soll man nach ihm eine Frage überhaupt gar nicht erst ansprechen. Je größer und allgemeiner aber die Bewegung der Städte für Eröffnung der Grenzen wird, desto größer wird auch die Aussicht auf Erfolg.) Weiter wurde das Statut für die am 1. Oktober d. J. endlich in Kraft tretende generelle Fortbildungsschule einstimmig angenommen. Ein Wunsch, den Genosse Bartels zu der Angelegenheit selber einmal äußerte, und der dahin geht, den nicht zum Schulbesuch Verpflichtete, wenigstens die freiwillige Teilnahme am Unterricht zu gestatten, hat in dem Statut Berücksichtigung gefunden. Verpflichtet zum Schulbesuch sind vorläufig alle gewerblichen Arbeiter und Gehilfen im Bezirk des Schulverbandes, welche östlich 1900 die Schule verlassen haben. Das Schulgeld beträgt vierthalbjährlich 75 Pfennig. Der Cultus des Statuts ist ältere Juniors- und Krankenschwestern-Vorstände zur Begutachtung vorgelegt worden. Genausowohl haben nur die Schneider-Junior und die Schneider-Krankenschwester. Dem Juniorvorstand passt es nicht, daß nach dem Statut die Lehrerinnen zur Zahlung des Schulgeldes verpflichtet sein sollen, er wünscht eine Aenderung dahingehend, diese Verpflichtung den Eltern der Schüler aufzuerlegen. Den gleichen Wunsch haben die Arbeiter-Mitglieder des Vorstandes der genannten Krankenschwester, während die Arbeitnehmer-Mitglieder mit der Fassung des Entwurfs einverstanden sind. Die armen Juniorschüler werden nun wohl alle kaput gehen, wenn sie in Zukunft pro Monat 25 Pf. Schulgeld für jeden Lehrling zahlen müssen. Unterricht soll zweimal wöchentlich werden, und zwar abends von 5—7 Uhr. Außerdem ist Zeichenunterricht für Sonntagsmorgen von 11—1 Uhr vorgesehen. Der vorläufige Lehrplan umfaßt Rechnen, Schreiben, Deutsch und Handwerkskunst. In den Vorschlägen, den die Schule unterstellt ist, wurde auch Genosse Bartels gewählt. Die neue Gehaltsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen des Schulverbandes wurde einer ständig bedrohten Kommission zur Bearbeitung überwiesen. Dann stand noch eine geheime Sitzung statt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Berlebungsstrafkammer.)

Sitzung vom 24. August 1905.

Fahrlässige Tötung. Der Maschinenschlosser und Chauffeur Eduard Krämer zu Quedlinburg, geboren 1877, fuhr am 6. Juni d. J. morgens zwischen 4 und 5 Uhr auf der Chaussee zwischen Seehausen und Dreieichen mit einem Automobil in sehr schnellem Tempo an dem Gefährt des 19 Jahre alten Kreuzes Karl Vertram vorbei und achtete nicht auf die wiederholte Aufforderung, er solle halten, da die Pferde scheuten. Vertram hielt das Gefährt am Kopf, während der Gastwirt Hohmann das Hauptpferd angefaßt hatte. Die Pferde ließen sich aber nicht halten und gingen durch, eine Übung herunter. Dabei kam Vertram zu Fall und unter ein Rad, das ihm über den Kopf ging und den Tod herbeiführte. Der Angestellte wurde wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Buchalter. Der Kellner Alfred Kraft aus Stahnsdorf, geboren 1876, verbiß gegenwärtig wegen Raubüberfälle 3 Jahre Gefängnis. Wegen Raubüberfälle erhielt er zusätzlich 3 Monate Gefängnis. Nach verhältnis Strafe wird er der Landespolizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus überwiesen. —

Dieselbst. Der Arbeiter Hermann Helmcke, geboren 1882, und der Schlosser und Werkmeister Wilhelm Schwieger, geboren 1881, hier, stahlen in der Zeit vom 8. bis zum 18. Juli d. J. gemeinschaftlich aus der Wohnung des Kaufmanns Grube unter Benutzung falscher Schlüssel in drei Häusern zusammen 500 Mark, teilten das Geld und verprachten es. Helmcke ist der Schwieger des Grube, der ihm Wohnung und Untergang gewährt hatte. Die Kammer verurteilte Helmcke zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Schwieger, der vorbestraft ist, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. —

Auf frischer Tat ertappt. Der Matros Heinrich Heinecker, geboren 1840, vielmals mit Gefängnis und Bußgeld vorbestraft, versuchte am 21. Juli d. J. aus der Niederlage des Fabrikanten Schleicher einen Blinden Stohlabar zu steuern. Als er den Tabak in die mitgebrachte Metallschale packte, wurde er abgeschossen. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 8 Monate Gefängnis. —

Dieselbst im großen. Der schon öfter bestrafte Maurer Albert Hoppe zu Grabow, geboren 1868, soll in der Nacht zum 27. April d. J. aus zwei Feldmützen des Guisbachers Behrends zu kühnert etwa 40 Zentner Kartoffeln gestohlen und mit einem Fuhrwerk nach Hause geschafft haben. Die Kammer nahm auf Grund der Verhandlung nur Beihilfe zum Diebstahl als erwiesen an und erkannte auf 6 Monate Gefängnis. —

Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps.

Verhandlungsleiter: Oberkriegsgerichtsrat Fischer; **Betreter der Anklage:** Kriegsgerichtsrat Kühne.

Magdeburg, den 24. August 1905.

Streitigkeiten zwischen Infanteristen und Artilleristen sind seit längerer Zeit in Torgau an der Tagesordnung. Am Kriegsgericht der 8. Division waren die Kavaliere Voigt mit 10 Tagen, Kavaliere mit 14 Tagen und der Gefreite Heimbürger von der 2. Batt. 74. Jäger-Bataillon mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden; die ersten beiden wegen einfacher Körperverletzung, der leichtere, weil er Kameraden unter Missbrauch der Waffe schwer missbraucht hat. Heimbürger hat Berufung eingelegt. Festgestellt wird, daß mehrfach Schlägereien vorkamen, bei denen sowohl Musketiere als auch Artilleristen blank zogen und sich blutig schlugen. In einer Anzahl von Fällen mußten die Beteiligten freigesprochen werden, weil die Täter z. L. nicht zu ermitteln waren. Im vorliegenden Falle soll Heimbürger die Schlägerei begonnen haben. Er schlug u. a. einen Musketier mit dem in der Scheide steckenden Säbel über den Mund, daß der Musketier sieben Zähne einbüßte und sehr blutete, auch hatte noch Schmerzen hat und schlecht sprechen kann und 14 Tage im Lazarett war. Einen anderen Musketier schlug er über die Augen; er will in Rente gehandelt haben, da er von einer großen Anzahl Infanteristen umringt war. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wird das aber nicht festgestellt. Der Berufung wird insosfern beigegeben, als die Strafe auf 3 Monate Gefängnis erlaugt wird. —

Wie das Leben beim Militär verläuft, das ist die Befragung, die leicht eine Verhandlung vor dem Dresdner Kriegsgericht einen drastischen Beweis. Der Schütze Kehler von der 4. Kompanie des Schützen-Regiments Nr. 108 hatte sich im Herbst 1904 für eine Kriegszeit gemeldet und wurde gern Soldat, wollte er doch als solcher 12 Jahre dienen und seine Karriere machen, eine Idee, von der er infolge seiner Erfahrungen sehr schnell geholt wurde. Wenn gewandt und veranlagt, fiel ihm der Dienst doppelt schwer, obgleich er sich die größte Freude gab. Da er im Vergleich zu seinen Kameraden zurückblieb und auch zu Ausstellungen Anlaß gab, wurde er bald in der Korporalschaft unbeliebt. Gute Leute waren die Lingesschütze nicht, die alleinige Ursache, daß Kehler, nunmehrlich was die Instandhaltung seiner Sachen anbelangte, niemals fertig wurde; er wurde vielmehr von seinem Korporalschaftsführer, dem Unteroffizier Dr. von der ungünstlichen Weise schikaniert und mißhandelt. Wederholte hat ihn der Marschläger, angeblich weil nicht ordentlich gekleidet war, abschlächt und mitwollte die Uniformstücke aufgezogen und die Mütze mit dem Mantel aufgetrennt, worauf Kehler dann bis 11 Uhr abends die Sachen wieder hinzulegen mußte. Einmal glaubte sich Druck von dem Major ausgelacht, was jedoch nicht zutrifft. Er mußte nur Mantel, Waffenrock und Drillschöße herbeiholen, Sachen, die nun der Marschläger bis zur Frist zur Unfehlbarkeit ausschlüsse und zerstapse, dann mußten sich die übrigen Leute der Korporalschaft an das Kloster befreien, der Sachen platzten, während er in das Unteroffizierskraut kommen mußte. Hier zählte der Stellvertreter Gottes“ dem nur mit Drillschöße und Hemd bekleideten Major mit der Klappe bis 8 Uhr über den Rücken und befahl ihm dann — er ist Richtstrafe — eine Bagger und ein Sack Lederrücken zu tragen, so daß ihm hinterher schlecht wurde. Auf dem Stück des Klitzehandels zeigten sich am folgenden Tage zahlreiche Striemen. Bei einer andern Gelegenheit wurde er vom Angestellten in der Chargenstube am Halse gefaßt und gegen 8 Uhr, so daß er keine Lust bekam, bis ihn schließlich sein Bruder abschüttelte. Die Beschädigung der Uniformstücke durch den Korporal geschah so oft und artiglich, daß dem Major schließlich nichts anderes übrig blieb, als sie sich vom Schneider auf seine Kosten ausbessern zu lassen; optimistisch kam er in total zerstörtem Anzug zum Appell. Der Unteroffizier versuchte es mit dem Bengalen, was ihm jedoch wenig nützte. Aus der Begegnungserinnerung ergab sich, daß die vom Angestellten an die Leute seiner Korporalschaft erlaubte Amtshaltung, ihr er die Sachen zu stellen, eine schon auf dem Unteroffizierschule beliebte Erziehungsweise ist, die gegen die mittelbaren Leute zu dem Zweck angewendet wird, die Kameraden der Betreffenden zu zeigen und zur Abfindung aufzustacheln. Diese Methode scheint abwegig im vorliegenden Falle ihren Zweck nicht verschafft zu haben. Eines Nachts im April hat nämlich der Schütze Fallob, ein „alter Mann“, den Major in der Schlafzelle überfallen und ihn ohne jeden Grund in der unarmherzigsten Weise mit dem Fuß zu Fuß bearbeitet, so daß er am nächsten Tage ein blaues Auge und heftige Kopfschmerzen hatte. Dieser Fall führte endlich zur Aufdeckung des Treibens des Korporalschaftsführers und einiger Komplizen; gegen die leichter schwert noch die Untersuchung. Es wurde außerordentlich milde beurteilt, das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Misshandlung und vorsätzlich wideriger Behandlung in zwei Fällen zu sechs Wochen mittleren Arrest. Auf Degradation wurde nicht erkannt. Fallob erhielt wegen geistlicher Körperverletzung 3 Wochen Gefängnis. —

s. Wieder ein „minder schwerer“ Fall. Wegen Mißhandlung seines Brüder — es floh nur ein bisschen Blut, also ein minder schwerer Fall — und Beleidigung stand der Major Max Huber vom 15. Infanterie-Regiment in Neuburg a. D. vor dem Kriegsgericht in Magdeburg. Weil der Major nur in Anspruch gehandelt hat und die 50 unter Auflage stehenden Fälle des Missbrauchs der Dienstwaffe nur leichter Natur seien, wurde er zu 14 Tagen in Untersuchung verurteilt. Erwähnenswert ist, daß sich der vom Major geprägte Soldat zweimal ohne Erfolg zur Abföhrung inelte und erst beim drittenmal wurde seiner Witte entsprochen und gegen den Major Untersuchung eingeleitet. —

Durchscheit Bestrafung eines Trunkenheits-Eggies. Am 20. Juli wurden die Hölzerne und Word von der 3. Kompanie der 1. Westdivision vom Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion wegen tödlichen Angriffs auf Börschöfe zu je 200 Tagen Gefangen zu verurteilt. Das Gericht hält minder schwere Fälle für vorliegend erachtet. Gleichwohl die Angestellten als auch der Kriegsgericht sahen sich veranlaßt, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen. Insolgedessen hatte sich fälschlich das Oberkriegsgericht der Ostseestation mit der Sache befasst. Am Morgen des 4. Juli, gegen 8½ Uhr, waren die Hölzer in der Abteilung der Kriegsgerichtsbehörde zur Untersuchung eingeladen. Der Befehl der Witte in Streit geraten. Der aus dem Café Götze herauftretende Wachschirmann Süß vom Kreuzer „Prinz Adalbert“ wollte vermittelnd eingreifen, um so mehr, als er sah, daß die beiden Untergebenen sich in ziemlicher Bedrücknis befanden. Krause, der bereits empfindliche Hölzer erhalten hatte, glaubte wohl, daß der Witte sich ebenfalls gegen ihn wenden würde. Er drang deshalb auf ihn ein und versetzte ihm Schläge und Stoße gegen die Brust. Plötzlich erhob der Börschöfe von hinten einen Schlag ins Genick, so daß er mit Kreuze auf den Boden stürzte. Inzwischen hatte der hinzutretende Oberwachschirmann Süßler, ebenfalls vom „Prinz Adalbert“, sich gegen Word gewandt, der gleichfalls gegen Süß eine drohende Stellung eingenommen hatte. Süßler verteidigte dem Witte den Mann Süß gebeugt dastehenden Word einen derartigen Stoß, daß der Hölzer beiseite stieg. Begehrter geriet dadurch in eine geradezu ungünstige Ausregung. Er packte Süßler bei der Brust und schrie in einem fort: „Herr Obermaat haben mich lästig angegriffen, Herr Obermaat müssen mit zur Wache!“ Durch das Eingreifen eines Schutzmannes und anderer befreundeter Personen gelang es schließlich, die Witte wiederherzustellen. Inzwischen hatte sich der Aufzug nach dem Markt hin verzogen. Nach Feststellung der Namen der beiden Feinde waren die Börschöfe bereit ihrer Wege gegangen. Unerhört sprang Word dann nochmals einem aus dem Ratswinkel kommenden Maaten vor die Brust. Hierauf wurden die Unruhen nach der Schloßwache geführt. Die beiden Angestellten sind nicht vorbestraft. Das Oberkriegsgericht erachtete bei Krause einen schweren Fall für vorliegend und verurteilte ihn deshalb zu 4 Jahren Gefängnis. Die Strafe des Worts wurde auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis erhöht. —

Vermischte Nachrichten.

* **Die Untreue der Frau.** Die Frau des Holzschniders Peters in Essen nimmt es mit der ehelichen Freiheit gar leicht. Ihre wegen wurde der Mann eines Tages in eine Schlägerei verwickelt, die ihm 3 Jahre Gefängnis eintrug. Als Peters 1902 antrat, begann seine Frau ein Verhältnis mit einem andern Manne. Peters versuchte, obwohl die Frau während seiner dreijährigen Abwesenheit zwei Kindern das Leben geschenkt hatte, doch die eheliche Gemeinschaft mit ihr wieder aufzunehmen. Über ihr Verhältnis einen andern Lebensstand zu beginnen, hielt die Frau nicht. Eines Tages begegnete S. ihr, als sie Arm in Arm mit einem Mann spazieren ging. Er wollte auf die beiden zuspringen, doch hielten seine Begleiter ihn zurück, um ein Unglück zu verhindern. Die Nacht über blieb die Frau fort. Als Peters ihr am andern Tage Vorhaltungen machte, wurde sie frech, was den Mann dermaßen in Wut versetzte, daß er ihr mit einem Gurt mehrere Stiche verlebte, um sie mit einem Worte zu besiegen. Als die Frau dann zu einer Nachbarin flüchtete, beschuldigte Peters die. Weinend schulterte der Mann vor den Strafkammer diese traurigen Tatsachen und bat um milde Strafe. Unter Berücksichtigung der Umstände erklärte sie jedoch wegen gefährlicher Körperverletzung auf 3 Monate und 10 Tagen Beleidigung auf 1 Woche Gefängnis. —

* **Das Leben für den Gut.** Eine merkwürdige Szene hat sich, wie man aus Paris schreibt, dort am Dienstag an über bester in der Seine zugetragen. Ein 25jähriger, aus dem Département Creuse stammender Mann paßierte die nach Alexander S. benannte Brücke, als ihm ein heftiger Windstoß den Stockhut vom Kopf riss

und in den Fluß warf. Ohne zu saubern und ohne zu beachten, wie leicht man sich an Brückenpfeilern oder vorbeifahrenden Schiffen den Schädel einschlagen kann, sprang der niedrige Landmann über das Brückengeländer in die Seine hinab, um seine kostbare Brücke bedeckt zu retten. Da er überzeugt war, wäre er erkundigt, hätten ihn nicht Polizisten aus dem Wasser gezogen. Der Getötete hatte über seine Dienstwaffe für seine viel mehr schimpfte er weißlich über das verbannte Paris, wo man nicht einmal sicher ist, den Hut auf dem Kopf zu behalten, und die Polizisten den Gutsmachern in die Hände arbeiten. —

Der Millionendieb.

Nur Paris wird geschrieben:

Die an sich ganz banale Erzählung, daß ein untreuer Kassierer mit dem Gelde seiner Brüder durchgeht, scheint in dem Fall des Kassierers des Pariser Bankinstituts Comptoir National d'Escompte zu einem über alle Wahlen phantastischen Farcelettonroman ausgewachsen zu wollen. Herr Jean Calléry ist allerdings wirklich nicht der erste beste kleine Kassierer, der sich auf die Dauer mit einem Einkommen von dreitausend Frank begnügt. Wenn man so eine Phantasie hat! Und so hat er in der Tat alles getan, um aus seiner Unterschlagung eine Sensationsaffäre ersten Ranges zu machen. Schon die Summen, die genannt werden, grenzen fast ans Unwahrscheinliche. Erst hieß es eine halbe, nachher eine ganze Million, dann schließlich zwei und sogar fünf Millionen. Das nennt man arbeiten. Ganz Galley muß ein wahres Wunder an Hinterlist, Schlauheit, Kaltblütigkeit und Fähigkeit sein.

Welche Summe er nun wirklich gestohlen hat, weiß man immer noch nicht. Der Direktor erklärt die obigen Summen für phantastische, er gibt aber zu, daß es sich um mehr als eine halbe Million handelt, wenn auch um weniger als eine Million. Das sieht sehr bedenklich aus. Ein Bankier wird nie auf Heller und Pfennig öffentlich die Summe angeben, die ihm ein ungetreuer Kassierer stiehlt. Schon weil das den Kredit schädigt. Auch so fragt sich gleich jeder, wie es denn möglich ist, daß ein Kassierer, ein einzelner kleiner Kassierer mit 3000 Frank Gehalt, nahe an eine Million stehlen kann, die die Bank öffentlich zugibt, das heißt, wohl beinahe zwei Millionen, die es in Wirklichkeit sein werden.

Galley operierte einfach und läßt. Er fälschte den Brief eines „großen Kunden“, der vielleicht eine oder ein paar Millionen in der Bank hatte und der plötzlich Geld nötig hat und der Bank schreibt, sie möge ihm zum Beispiel 500 000 Franc poststempeln noch Haber (wo er nicht wohnt) schicken, da er sie unbedingt nötig habe. Die Bank wird ausgeführt, sie hat nichts, was Verdacht erregen könnte. Und die Summe geht ans Postbüro von Havre. Und an den Kunden geht ein Brief, der ihn davon unterrichtet, daß die von ihm angeblich erzielte Order ausgeführt sei. Und diesen Brief nimmt nun Galley, der bis spät am Abend auf seinem Posten bleibt, dem Portier ab, der die Aufgabe hat, die Korrespondenz zur Post zu bringen. Er berichtet dessen Gewissen damit, daß er sich erklärt, man habe in dem Brief etwas vergessen, er müsse das noch nachfragen, der Portier sollte sich nicht sorgen, er werde den Brief schon selbst zur Post bringen. Natürlich geht der Brief niemals ab. Und Galley hat nichts weiter zu tun, als das Geld in Haber zu erheben. Das tut er nicht einmal. Er schreibt einfach unter dem Namen des Kunden nach Haber ans Postbüro und bittet, ihm das Geld nach Paris an ein Postbüro zu senden, wo er sich mit gefälschten Papieren präsentiert und das Geld erhebt.

Auf diese Weise verschaffte er sich 11 summen, die er in einem Luxusleben vergeudete oder bei einer andern Bank unter dem Namen eines Grafen von Gallard beponierte. In Saar und Braus aber lebte er nicht mit seiner jungen Frau, die er vielmehr arg quälte und verhärtigte, ebenso wie seine beiden Kinder, sondern mit einer alten Tänzerin und Sklaven. Madame am Sohn, genannt Merelli, die vor zwei Jahren ihren langweilig gewordenen Gatten verließ, um in den Südamerikanischen Staaten des Fels der Galanterie abzugrafen, was ihr vorzüglich gelang. Befindet Galley und Argentinien gefallen, und doch schenkt sie sich zurück, als sie das in den Felsen erschossene Vermögen verpulvert und in Paris wieder ein solotzenleben kleinen Stils zu führen angefangen hatte. Der phantastische Reisefuß von Galley aber schien ihr geeignet, diesem unverdienigen Leben ein Ende zu machen. Und so ward sie sein böser Engel. Man muß gestehen, daß ihr Liebeswerben auf einen günstigen Boden fiel. Und so setzte Galley seine Schwindelstolen im großen Stil ins Werk.

Als die runde Summe besammelt war, dachte man an die Flucht. Am 1. August hatte sich der Kassierer einen kleinen Urlaub von vierzehn Tagen geben lassen, um einen Vorprung zu gewinnen, er war überzeugt, daß man seine Kassiererführung nicht verbünden würde, da bisher nicht das kleinste Stäbchen Verdacht ihm beschworen hatte. Er war stets von einer exemplarischen Winklichkeit gewesen. Und nun begann die Verwirrung eines phantastischen Traums. Die beiden Komplizen kannten ganze Serien von Probiants, von Kleidern, von Augesäcken und Klebefetzen ein. Dann mietete Galley in Havre für 60 000 Franc eine Camphaus ja für drei Monate und hieß es nach Südkamerika, so nimmt man wenigstens an. Inzwischen ist die Unterschlagung entdeckt worden. Gestohlene sind in die ganze Welt gefandt, die Photographien des fliegenden ... Kassierers, der auf seinem schwarzen Luftschiff die Meere kreuzt, sind überall hin unterwegs, die gerissenen der ehemaligen Kollegen — Galley war einst Geheimrat — haben Plätze auf den schnellsten Dampfern genommen und werden die ganzen Küsten Südamerikas überwachen, ehe Galley mit seiner Dulcinea und seiner „Catarina“, so heißt das Schiff, landen kann oder will. Er hat gewiß keinen Apparat für drahtlose Telegrafie an Bord und weiß noch nicht, welches Schiff sie findet. Aber er kann sich denken, und so wird er keine Hilfe haben, das Schiff der Kreuzfahrt zu unterbrechen.

Einstmal mußte er aber doch schon landen, um ein paar kleine Gabarient an seinem Kreuzfahrtort auszubauen zu lassen. Es war in Las Palmas auf der Gran Canaria. Aber er setzte schnell wieder von dannen. Und seitdem hat man seine Spur verloren, wenn sie nicht demnächst einer der großen Ozeanampfer findet. Endlich — nein man — müssen doch die Lebensmittel und Kleidung ausgeben. Und sie dann den Landen. Denn in jedem Hafen steht ein Polizist und spätest Tag nach dem seefahrenden Kassierer.

Dann aber kein Pfeilstrich an dem Bilde fehle, sei er

teuren Lebensmittelpreise — müssen diese sich so halten, daß sie nicht über 50 resp. 52 Pf. kommen, und auch dies sind nur seltenen unzufrieden zu machen, so ist die Überarbeit auf den Maschinen erst recht dazu angekommen. Ist es überhaupt schon besser Ansinn an Holzbearbeitungsmaschinen in Altona arbeiten zu lassen, so ist es noch schwerer verständlicher, welche an die Maschinen zu lassen, welche nicht das nötige Verständnis hierfür besitzen. Die in Altona arbeitenden Tischler selbst aber lassen sich, um bei den elenden Preisen auf ihrem Sohn zu kommen, nicht etwa ihre Maschinenarbeit von den bau bestimmt Maschinenarbeiter befreien. Das könnte vielleicht eine Minute länger dauern undslug's wirds selber gemacht. Und das Ende vom Bunde ist ein Unfall, wie es leider wieder am Mittwoch mittag der Tischler Feig Heine empfunden mußte, dem zwei Finger der linken Hand verloren gingen. Lebhaft ging es vor kurzer Zeit aber anders. Sollten diese drei Unglücksfälle in so kurzer Zeit nicht doch den Meister Schneider und den Betriebsleiter Herrn Wagner veranlassen geben, den Gesetzten abzuhängen? Wenn allerdings die Maschinenarbeiter nur als minderwertige Arbeitnehmer angesehen werden, wie es in den Vorverhandlungen zum Ausbruch kommt, dann ist an einer Besserung nicht zu denken. Die Herren sollten einmal selber den Dienst an der Maschine verrichten! Die Haftpflicht auf diesen elenden Verhältnissen hat das Altonawesen. Dies abzuschaffen, muß die Hauptfrage der Kollegen in den Fabriken sein. Auch bei Mundlos u. Co. ist das Altonasystem an den Maschinen üblich. Auch dort hat sich vor einigen Wochen ein junger Mensch von 28 Jahren bei diesem Altonasystem die linke Hand definitiv verletzt, daß er an Arbeiten kaum noch denken kann. Diese Vorgänge an den Maschinen in Verbindung mit der elenden Bezahlung müssen die Kollegen anstreben, den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband in aller Stärke zu vollziehen, damit Zustände geschaffen werden, wo Leben und Gesundheit mehr beachtet werden wie heute. Die Uneinigkeit, die Rücksichtslosigkeit der Arbeiter in den Werkstätten ist der Ursprung, an dem alles faucht. Deshalb müssen Maschinenarbeiter in den einzelnen Betrieben gefordert werden, Leute, die nichts weiter zu befürchten als die Maschinen zu bedienen. Alle übrigen müssen von den gesetzlichen Maschinen fernbleiben in ihrem Eltern und im Interesse ihrer Familien.

Achtung, Handels- und Transportarbeiter! Auf die Sonnabend in der Auen verkehrt und in Erbach stattfindenden Bezirkssammlungen sei hiermit besonders hingewiesen. Näheres siehe Annonce.

Eine milchhygienische Ausstellung findet vom 2. bis 7. September im Fürstenhof statt. Das Programm umfaßt vier Hauptgruppen und liegt jetzt vor. Die erste Gruppe stellt die Stallbehandlung und den Transport der Milch dar, die zweite Gruppe die Milchbehandlung im allgemeinen, die dritte Gruppe umfaßt Milchverkauf und Aufbewahrung und die vierte Gruppe die Milchrückführung. Als vornehmster Zweck der Ausstellung gilt die Darstellung der Gewinnung der Milch bis zum Verkauf mit bevorstehender Berücksichtigung der Versorgung der Stadtbevölkerung zu zeigen, unter gleichzeitiger Darstellung aller technischen, hygienischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel. Zur Austragung werden Präparate nicht einwandfreier Milch, keimfreier Milch und die Vorführung der verschiedenen Milchprüfungsmethoden gezeigt. Der Verein Wagnersburger Milchhändler wird Proben pasteurisierter Milch verabreichen, wobei die Sicherheit derselben zur Bekämpfung von Angriffen wissenschaftlich beobachtet werden wird. Den Hauptanziehungspunkt der Ausstellung bildet eine vollständig installierte Molkerei im Betriebe. Offizielle Vorläufe über die städtische Milchversorgung sind ebenfalls vorgesehen.

Ein Raubüberfall ist nach Mitteilung eines hiesigen Blattes am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr in der Nähe der Eisenbahnhofseinführung am Edithofer erfolgt. Ein unbekannter Mann entzog einer Frau eine schwarze Marktutsche, die eingeklaut schwere enthielt. Der Unbekannte hat dann die Frau unter der Augabe, sie solle ihre Tasche wieder haben, in das Gebäude zu locken versucht. Da sie diesem Ansuchen nicht folgte, entkleidete er die Tasche und entnahm sich mit dem Inhalt. Der Unbekannte ist 28 bis 30 Jahre alt, 1,80 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat rotes Haar, ligmäles blaßes Gesicht und trug dunklen Jackentanz, schwarzen Hut, blaugeflecktes Chemise, weißen Kragen und Schürze. Mitteilungen über ihn sind der Kriminalpolizei erwünscht.

Von einem Radfahrer überfahren wurde heute morgen gegen 7 Uhr in der Ulrichstraße, nahe der Kirche, ein kleiner elfjähriger Knabe. Außer einigen Hautabschürfungen am Kopf und an der rechten Hand scheint derselbe keine weiteren Verletzungen davon getragen zu haben. Einige Personen hielten den Radfahrer an und stellten seine Personalien fest.

Seitens Verletzungen erlegen ist der Zimmermann Fr. Badek aus Neustadt in der Nacht zum Freitag im altpäpstlichen Krankenhaus. Er hatte sich schwere innere Verletzungen beim Sturze von einem Bau in Wahns zugezogen.

Ein eigenartiges Malheur. Mittwoch nachmittag wurden Möbel vor dem Hause Große Diesdorferstraße 178 aus einem großen Möbelwagen der Firma Kraatz ausgeladen. Der Wind warf die Tür zu, die dabei direkt in eine große Seitenfläche eines im selben Augen-

blick vorbeifahrenden Straßenbahnwagens schlug, so daß dieser zerstört wurde. Der Wagen kam in das in der Nähe befindliche Depot, wo nach 10 Minuten der Schaden repariert war.

Gehänge hat sich Freitag gegen Mittag in seiner Morgenstraße 4 gelegenen Wohnung der etwa 45jährige Tischler O. Göttsch. In seinem Familienwohnungszweig sollen das Wohl zur Tat kam. G. hinterließ drei Kinder, von denen eins Schulspitzig ist.

Radscherpach. Bei dem Zusammentreffen zweier Radfahrer am Freitag vormittag auf dem Breitenweg (Ecke Altenmarkt) brach das Vorderrad des einen glatt ab. Ein Polizeibeamter nahm die Personalien auf.

Eine Gasexplosion ereignete sich Freitag mittag gegen 11 Uhr in der Salomonstraße 41, befindlichen, erst kürzlich eröffneten Filiale der Singer-Kompanie. Durch den Druck wurden die Fenster- und Türeiche herausgeworfen, von der Decke fiel der Zug herab. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden.

Von Mutterfreuden überrascht wurde auf dem Klosett eines Hauses in der Großen Diesdorferstraße ein armes Dienstmädchen. Es handelt sich um eine Tochter. Die Mutter wurde nach dem altpäpstlichen Krankenhaus gebracht.

Zwei Diebstähle. Aus einer Ledertasche, die er auf dem Hof seines Arbeitgebers in der Süderburg niedergelegt hatte, wurden einem Arbeiter 260 Mark gestohlen. Ein neuer Täfelstein im Werte von 75 Mark wurde einem hiesigen Schneidermeister entwendet.

An einem Postwagen brach Donnerstag mittag ½ 12 Uhr an der Bangen Brücke ein Hinterrad. Postillion und Schaffner kamen mit dem Schred davon. Die Posttaschen mussten ausgeladen werden.

Umgestoßt ist Donnerstag mittag 1½ Uhr auf der Herrenkrug-Chaussee vor Stadt Burgdorf infolge Schieflaufens ein mit Stroh beladener Püsselwagen der Firma Domella.

Ein Brand der Dachkonstruktion entstand Donnerstag nachmittag auf dem Grundstück der Dachpappensfabrik von Kühne, Nachweide 89, durch Überflammen von Teer. Von der Wache Neustadt wurde der Brand mit drei Strahlwagen und durch Ausschütten von Sand nach ½ Stunde gelöscht.

An der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule werden auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe drei Unterrichtsstunden für Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen abgehalten. Die Kurse, mit denen einem Verlangen mehrerer Handwerkerlage nachgekommen wird, finden in der Zeit vom 28. August bis 7. Oktober statt. Es haben sich 45 Teilnehmer gemeldet.

Kleine Chronik.

Ein Eisenbahnhungskind.

Donnerstag mittag wurden auf der Straße Dortmund und Bochum bei Dorstfeld drei Arbeiter vom Schnellzug überfahren. Sie waren sofort tot; die Leichen sind schrecklich verstümmelt.

Ein Justizmord?

Ein schwerer Justizmord ist anscheinend in Altona entdeckt worden. Im Sommer 1901 wurde in Altona die Prostituierte Wöhle ermordet. Als Täter wurde allgemein der Schlägergeselle Weinau bezeichnet, der auch vom Gericht für schuldig befunden und hingerichtet wurde. Um Mittwoch ist nun der Hamburger Tischlergeselle Habek dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Seine eigene Mutter und Schwester bezeichneten ihn, den Mord an der Prostituierten begangen zu haben. Weinau muß danach unschuldig enthauptet worden sein.

Ein Schiffskatastrophe.

Die englische Bark „Bridstonhill“, die von Hamburg nach San Francisco bestimmt war, fuhrte in der Nähe des Kap Horn. Der Unfall ist 28 bis 30 Jahre alt, 1,80 Meter groß und von schlanker Gestalt, hat rotes Haar, ligmäles blaßes Gesicht und trug dunklen Jackentanz, schwarzen Hut, blaugeflecktes Chemise, weißen Kragen und Schürze. Mitteilungen über ihn sind der Kriminalpolizei erwünscht.

Von einem Radfahrer überfahren wurde heute morgen gegen 7 Uhr in der Ulrichstraße, nahe der Kirche, ein kleiner elfjähriger Knabe. Außer einigen Hautabschürfungen am Kopf und an der rechten Hand scheint derselbe keine weiteren Verletzungen davon getragen zu haben. Einige Personen hielten den Radfahrer an und stellten seine Personalien fest.

Wieder Stadt und Kreis Warschau ist der Kriegszustand verhängt worden.

H. Petersburg, 25. August. Dem Fuß zufolge werden viele von den in letzter Zeit gefallenen Todessurteilen in Anbetracht der bevorstehenden Amnestie nicht vollstreckt. So wird auch Proloko zu Zwangsarbeit begnadigt werden.

H. Odessa, 25. August. Im Kreise Zellsabettgrad ist infolge großer Notlage ein Bauernaustand ausgebrochen. Die Bader brennen und fangen alles nieder.

* Sosnowice, 25. August. Im hiesigen Revier traten gestern die Arbeiter wieder in den Generalstreik. Der Streik soll drei

Tage andauern. Heute soll die Polizei provozieren. Das Kommando ist eine Kundgebung gegen das Getreideamt.

* Warschau, 25. August. Der letzte Monat und den daraus in später Abendstunde ein paar laufende Menschen mit Fahnen unterzogen wurden von Polizisten gerichtet.

* Warschau, 25. August. In Sobibor waren über 1000 Juden mit polizeilicher Erlaubnis in feierlichem Tage der Nationalfeiertage am Samstag vormittag auf dem Breitenweg (Ecke Altenmarkt) durch das Vorderrad des einen glatt ab. Ein Polizeibeamter nahm die Personalien auf.

Eine Gasexplosion ereignete sich Freitag mittag gegen 11 Uhr in der Salomonstraße 41, befindlichen, erst kürzlich eröffneten Filiale der Singer-Kompanie. Durch den Druck wurden die Fenster- und Türeiche herausgeworfen, von der Decke fiel der Zug herab.

Von Mutterfreuden überrascht wurde auf dem Klosett eines Hauses in der Großen Diesdorferstraße ein armes Dienstmädchen. Es handelt sich um eine Tochter. Die Mutter wurde nach dem altpäpstlichen Krankenhaus gebracht.

H. Berlin, 25. August. Kolonialabteilung Stössel wurde telegraphisch aus dem Urlaub abberufen. Er übernahm gestern die Amtsgefäße. Die Zurückberufung hängt natürlich mit den Unruhen in Ostpreußen zusammen.

H. Berlin, 25. August. Das stärkere Auftreten der Genossenschaften in Westpreußen hat der „Deutschen Presse“ zufolge die Regierung veranlaßt, den Geheimen Obermedizinalrat Dr. Kirchner nach Danzig zu entsenden, damit er sich dort über die Ausbreitung der Krankheit genauer informiere.

* Berlin, 25. August. Durch Vermittlung des Landratsamtes läßt die Regierung, wie die „Frankfurter Zeitung“ hört, soeben Schreibungen darüber anstellen, insoweit die in der Presse lautgewordenen Klagen über Fleischnot, Bereitstellung haben. Insbesondere soll den Orten über Fleischzehrung in den einzelnen Orten nachgehen und über die etwa bis jetzt bereit gestandenen Folgen für das Fleischgeschäft berichtet werden. Ein eigentlicher Fragebogen ist nicht aufgestellt; es handelt sich um generelle Auskünfte.

* Katowitz, 25. August. Die Landwirtschaftliche Viehzentrale, die ihre ersten nach Oberschlesien geholten Schweine eingeführt noch am 21. Juli mit 52 Mark verkaufen ließ, beauftragte den hiesigen Kommissar, nicht unter 60 Mark per Rentner zu verkaufen. Und dabei handelt es sich um nahezu wertlose Ware!

* Köln, 25. August. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Kölner Gewerbevereinigung wurde beschlossen, angesichts der Fleischnot eine Eingabe an das Oberbürgermeisteramt zu richten, in welcher gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß für die schleunige Öffnung der Grenzen gesorgt werde. In der Versammlung wurde bekanntgegeben, daß in den letzten Monaten 30 Menschen geschlachtet werden mußten. In Düsseldorf wurde eine Bezirksversammlung der Fleischerinnungen des Rheinlandes abgehalten. Es wurde beschlossen, sämtliche Stadtverwaltungen sowie die Handels- und Handwerkermänner aufzufordern, Schritte zu unternehmen, damit die baldige teilweise Öffnung der Grenzen erfolge.

* Düsseldorf, 25. August. Der Düssauer Gemeinderat faßte den Beschuß, bei dem Staatsministerium für die Öffnung der Grenzen für die Viehfuhr zur Beseitigung der Fleischnot vorstellig zu werden.

* Braunschweig, 25. August. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm mit großer Mehrheit einen Antrag an, wonach die braunschweigische Regierung erucht werden soll, ihren Bevollmächtigten im Bundesrat anzutreuen, unverzüglich für die sofortige Aufhebung der Grenzsperre einzutreten und der jetzt unerträgbar bestehenden Fleischnot durch weiteste Viehfuhr ein Ende zu bereiten.

* München, 25. August. Laura Marchols Gatte Olg. Hansson und deren 16-jähriger Sohn wurden ausgewiesen. Laura Marchols wird behördlich nach Schlesien gebracht. Der Konsul lehnte die Einmischung zum Schutz der Ausgewiesenen ab.

* Straßburg, 25. August. Für das neu gründende Jäger-Regiment zu Pferde in Kehl sollen bis 1. Oktober 1.000 Rekruten fertiggestellt werden. Nur zog die Militärbehörde ausdrücklich 40 Pioniere aus Kehl heran. Infolgedessen legten 700 Bauarbeiter die Arbeit nieder.

* Liegnitz, 25. August. Die hiesige Stadtschlägerin vertrieb die Gärtnerfrau Bertha Ebert aus Reudorf wegen Belästigung des Kronprinzenpaars zu 8 Monaten Gefängnis.

H. Paris, 25. August. Aus Vahia wird berichtet, daß der flüchtige Bankbeamte Galleh gestern dort mit seiner Mätresse bei der Landung verhaftet worden sei.

* Tokio, 24. August. Der europäische Dampfer „Baralony“ rannte in der engen Meerestrasse bei Moji mit dem japanischen Transportschiff „Kinjomaru“ zusammen, der verunfallte und kanische Soldaten an Bord hatte. Der „Kinjomaru“ sank binnen 3 Minuten; 126 Soldaten werden vermisst und sind jedenfalls ertrunken; 21 wurden gerettet.

Vorletzte Woche des Riesen-Räumungs-Berfaufs wegen Umbau!

Die Restbestände der Ausverkaufsartikel sollen auf jeden Fall geräumt werden und gelangen daher zu jedem nur annehmbaren Preis zum Verkauf!

Ganz besonders mache ich auf einen Posten sehr billiger Knaben-Anzüge aufmerksam

Konfektionshaus Ehrenfried Finke
Während des Umbaus Verlauf Schröderstrasse Magdeburg, Breiterweg 125-126 während des Umbaus Verlauf Schröderstrasse

Weitere 1006 Paar Schuhe und Pantoffeln

verschenken wir
vollständig gratis

und zwar
an Jeden
Käufer
oder

Ein Paar
dauerhafte
Damen- od. Herren-Pantoffel
beim Einkauf von Mf. 4.00 an

Ein Paar
dauerhafte
Damen- oder Herren-Schuhe
mit starker Ledersohle, beim Einkauf von Mf. 6.00 an

Außerdem besteht immer noch der

Massenverkauf unsrer Schuhwaren
zu enorm herabgesetzten Preisen!

Noch sind vorhanden:

Herren-Zugstiefel Büchsleder, mit Besatz	3.85
Herren-Schnürstiefel langer Absatzstiel	4.50
Herren-Schnürstiefel rotes oder braunes Leder in schöner Form	5.90
Damen-Zugstiefel fräßiges Büchsleder	2.90
Damen-Spangenschuhe dauerhaft im Tragen	2.65
Damen-Hausschuhe aus Cord Ledersohle mit kleinem Absatz	79 pf.
Kinder- u. Mädchen-Knopf- und Schnürstiefel eine starke Schuhsohle 23-24 25-26 27-30 31-35	1.95 2.40 2.90 3.60
Plüscht-Pantoffel Ledersohle u. Fled	78 pf.

Deutschlands maschinell besteingerichtete Schuhfabrik

Max Tack

Verkaufshaus Magdeburg

nur 56 Breiteweg 56 nur

Ein Laden ist billig zum 1. Oktober vermittelten. Röhres in
W. Mühes Schuhwaren-Geschäft

Newstadt, Hundisburgerstraße 30.
Gleichzeitig empfiehlt ich meine gediegenen Inf.-Militär-Stiefel, Sommer-Stiefel für Damen, Mädchen und Kinder zu herabgesetzten Preisen sowie Sandalen und Strand-Schuhe etc.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preis von 25-60 Mf.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie
in billiger Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
Seit 1865 besteh. Geschäft ders. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen - Reparaturen
aller Art zu billigen Preisen. 89

H. Blancke, Lederhandlung
Leopoldstrasse 7 u. 8
empfiehlt grösste Auswahl in Leder-Ausschnitt
und sämtlichen Schuhmacher-Bedarfsartikeln
zu billigen Preisen.

Ein Waggon
braune

Einnachetöpfe
soeben eingetroffen

Reinhold Steiner
Magdeburg-Newstadt
Lübeckerstr. 36a.

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffeln, auch aus
kontinentalem Stamm. Waren
Newstadt, Schmidtstr. 44.

Theod. Kraft
Sudenburg
37 Halberstädterstrasse 37
Wegen baulicher
Veränderung
Räumungs-Verkauf
in
Herren-Garderobe
Knaben-Garderobe
Arbeitskleidung
Siedentende
Preissenkung
15 Proz. Rabatt.
Reservisten - Anzüge
billig. 12

Tinte (Gießkunst) empfiehlt die
Beste. Vollkunst.

„Ovumin“
ist ein
wirkliches St.-Zäpfenmittel.

Sonnabend! Sonntag! Montag!
Aufsehen erregend billige Preise

Herren- und Knaben-Garderobe

Schuhwaren etc.
Auerkunst vorzüglicher Sitz und Haltbarkeit, bester Erfolg für Maßsachen.

Kaufhaus Max Zehden

50 Jakobstrasse 50
Größtes Spezialgeschäft für komplette Herren- u. Knaben-Bekleidung
Arbeiter-Garderobe, Schuhwaren, Hüte, Wäsche usw.

kauft man am besten!

Rie rostend, immer bestrebt, das Beste zu bieten, bringen wir unsrer werten Kundschafft
eine neue Serie hochneiner

St. Felix-Brasil-Zigarren



wie sie in gleicher Güte und Preiswürdigkeit wohl selten geboten wird:

Nr.	Einzelpreis per Stück	zum Einzel- Wille- Preis von 100 Stück in Papier- Packung	Bemerkung	
			in Kistchen à 100 Stück	à 50 Stück
106	10 Pf.	90 Pf.	-	Mf. 7.— Mf. 3.50 Felix m. Havanna
85	8 Pf.	70 Pf.	-	5.75 3.—
74	7 Pf.	60 Pf.	Mf. 4.75	4.85 2.50 Größe w. Abbild.
170	6 Pf.	50 Pf.	4.—	4.10 2.20 ff. Felix gerades Fasson
63	6 Pf.	50 Pf.	4.—	4.10 —
815	5 Pf.	45 Pf.	3.25	

Wie Liebhaber einer edlen vollmundigen und doch dabei milden und feinbrennenden
Zigarre-Qualität jetzt zu einem Verkauf eingeladen. Vom Dutzend ab Wille-Preis
wie oben. Versand per Nachnahme. Verkauf nur gegen R.c.

Tabak- u. Zigarren-Fabrik Paul Meissner & Co.

Hauptgeschäft: Scherzerstrasse.
2. Geschäft: Breiteweg 253, nahe am Hasselbachplatz.
3. Geschäft: Sudenburg, Halberstädterstrasse 117.

Gratis und franko.

Man verlange Preisliste.